

# 14/M 0161

Betreff:

## **AGENDA 21 - Konzeption für die Stadt Schwalbach am Taunus**

Text und Begründung:

Der Magistrat schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass in Schwalbach am Taunus ein grundsätzlicher und öffentlicher Diskussionsprozess eröffnet und geführt wird. Dessen Ziel ist es, ein Leitbild zu formen, auf das sich die Stadt hinentwickeln soll.
2. Zu dem Diskussionsprozess sind die EinwohnerInnen und Einwohner von Schwalbach am Taunus, unabhängig von ihrer Herkunft und nationalen Zugehörigkeit, sowie alle gesellschaftlichen Organisationen wie die Kirchengemeinden, die Vereine und Verbände, die sich in der Stadt für die Belange der Allgemeinheit einsetzen, eingeladen.
3. Der Magistrat organisiert den öffentlichen Diskussionsprozess in geeigneter Weise und sorgt vor allem für die breite Information, Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung. Die Bestellung von Beauftragten zur Begleitung und Bewertung des Diskussionsprozesses sind sich anbietende Möglichkeiten.
4. Grundlage für den Diskussionsprozess ist der Entwurf, den der Magistrat unter der Bezeichnung „AGENDA 21 Konzeption für die Stadt Schwalbach am Taunus“ vorgelegt hat.
5. Nach Abschluss der Diskussionsphase werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt.

### **Begründung**

Schwalbach am Taunus als Stadt in der Rhein-Main-Region hat in den vergangenen Jahren eine schwunghafte Entwicklung genommen. Das Angebot auf dem Sektor der Daseinsvorsorge wurde ausgebaut und weiter vervollständigt. Die EinwohnerInnen und Einwohner finden hier die notwendigen Einrichtungen vor und können ein umfangreiches Dienstleistungsangebot nutzen.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt hat durch Ausweisung neuer Gewerbegebiete und die Ansiedlung neuer Betriebe zugenommen. Die bauliche Entwicklung ist im wesentlichen abgeschlossen. Projekte zugunsten der Sicherung der Lebensbedingungen für die Seniorinnen und Senioren, der jugendlichen EinwohnerInnen und Einwohner, der Freizeit und des Sports sowie zur Erhaltung der Natur und Umwelt stehen an.

Die Stadt braucht in dieser Situation ein in die Zukunft gerichtetes Leitbild, an dem sich die weitere Entwicklung orientieren kann. Ein solches Bild soll in einer offenen und breit angelegten öffentlichen Diskussion entworfen werden, in die sich jedermann einbringen kann. Zu diesem Zweck bringt der Magistrat auf diesem Weg den Entwurf der AGENDA 21 - Konzeption für die Stadt Schwalbach am Taunus ein, der die Gesprächsgrundlage sein soll. Er zeigt Linien auf und unternimmt den Versuch, alle kommunalen Aspekte zusammenzuführen.

Die Art und Weise, wie der Diskussionsprozess eingeleitet und geführt werden sollte, ergibt sich aus dem (nachstehenden) Beschlussentwurf.

## AGENDA 21

### Entwurf einer Konzeption

für die Stadt

Schwalbach am Taunus

#### Inhaltsverzeichnis

- I. Allgemeines
  - 1.1 Schwalbach auf dem Weg zur umweltverträglichen Stadt
- II. Handlungsfelder
  - 1. Stadtentwicklung
    - 1.1 Landesentwicklungsplan (LEP)
    - 1.2 Flächennutzungsplan
    - 1.3 Bauen und Wohnen
    - 1.4 Verkehr und Lärm
    - 1.5 Wasser und Abwasser
    - 1.6 Öffentliche Sicherheit
  - 2. Soziales
    - 2.1 Kinder- und Jugendarbeit
    - 2.2 Kindertagesstätten
    - 2.3 Senioren
    - 2.4 Vereine
    - 2.5 Frauen
    - 2.6 Allgemein
  - 3. Besonderer Umweltschutz
    - 3.1 Abfallwirtschaft
    - 3.2 Bodenschutz und Altlasten
    - 3.3 Luftreinhaltung
  - 4. Umwelt und Wirtschaft
  - 5. Umwelt und Entwicklung
    - 5.1 Städtepartnerschaften
    - 5.2 Unterstützung Dritte Welt
  - 6. Wald
    - 6.1 Stadtwald
    - 6.2 Arboretum

7. Landwirtschaft
  - 7.1 Bestandsaufnahme
  - 7.2 Natur und Landschaft/Stadtklima
8. Energie und Klimaschutz
  - 8.1 Energie für Wohngebäude
  - 8.2 Entwicklung der Stadtwerke Schwalbach am Taunus
  - 8.3 Straßenbeleuchtung
9. Umwelt und Verwaltung
  - 9.1 Beschaffungswesen
  - 9.2 Energie und Heizung
10. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit
  - 10.1 Informationen zum Agenda-Prozess
11. Fortschreibung des Agenda-Prozesses
12. Verbände/Vereine, Soziales/Ökologie
13. Verwaltung
14. Anhänge

## I. Allgemeines

### Warum eine Lokale Agenda 21?

Agenda stammt aus der lateinischen Sprache und bedeutet "Was zu tun ist". Die Agenda soll ein Aktionsprogramm für das Leben im 21. Jahrhundert sein. Die Grundlagen für die Agenda 21 wurden auf der UN-Welt-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 beschlossen. 179 Länder haben die Agenda 21 unterzeichnet.

Die Agenda 21 beschreibt Probleme, die der Zukunft der Menschheit im Wege stehen. Mit der Agenda soll ein gerechter Ausgleich zwischen arm und reich erzielt, die Umwelt nicht geschädigt oder gar zerstört und die Bedürfnisse heute lebender Menschen befriedigt werden ohne dabei die kommende Generation zu gefährden. Es ist daher eine "nachhaltige Entwicklung" anzustreben. Wenn die Zukunft Bestand haben soll, sind Ökologie, Ökonomie und Soziales die drei Eckpfeiler der Entwicklung.

Es soll Einklang mit der Natur im Handeln gewährleistet sein, um die ökologische Zukunft zu garantieren. Auf dieser Grundlage soll ein zukunftsbeständiges Wirtschaftssystem entwickelt werden, das wiederum die soziale Zukunftsbeständigkeit des Gemeinwesens garantiert.

Im Kapitel 28 der Agenda 21 sind die Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21 beschrieben, da viele der angesprochenen Probleme und Lösungen nur auf örtlicher Ebene zu lösen sind: „Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über kommunale Umweltpolitik und Umweltvorschriften und wirken an der Umsetzung der nationalen und internationalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung“.

### 1.1 Schwalbach auf dem Weg zur umweltverträglichen Stadt

Schwalbach am Taunus gehört zu den ältesten Siedlungen im Rhein-Main-Gebiet. In einer Urkunde vom 23. Oktober des Jahres 781 ist die Ersterwähnung dokumentiert. Ein gewisser "Starefrit" und seine Mutter "Mechthild" schenken in dieser Urkunde dem Kloster Lorsch siebenzig Joch Ackerland und Wiese und zwei Hofstätten. Ganz sicher ist der Ort aber sehr viel älter, wie dies archäologische Funde sowie römische

Fundstücke, z.B. der Viergötterstein, belegen. Eine Kopie des Sockels ist an der etwaigen Fundstelle in einer kleinen Grünanlage ausgestellt. Eine weitere Kopie befindet sich im Rathaus und das Original ist im Hessischen Landesmuseum zu sehen.

Im Mittelalter, leider sind Zahlen zur Einwohnerschaft nicht bekannt, erfährt man erstmalig von einem Rittergeschlecht. "Johannes de Swalebach" wird im Jahre 1242 erwähnt. Sicher ein niederes Adelsgeschlecht, welches in der Burg Schwalbach gesessen hat. Die Burg befand sich in der Altstadt und wurde 1958 endgültig abgerissen. Dieses Adelsgeschlecht war aber auch mit Sicherheit lehnspflichtig und konnte daher keine besondere Entwicklung auf das Dorf ausüben. In der Folge wechselte die Herrschaft über das Dorf Schwalbach zwischen den Herren auf Falkenstein, Münzenberg, Eppstein-Königstein und den Grafen zu Stolberg, ohne damit Wirkung für das Dorf zu erzielen.

Später wird Schwalbach kurmainzisch und später wieder der Grafschaft Königstein zugesprochen. Mit den Herrschern wechselte auch jeweils die Religion der Bevölkerung.

1668 finden sich erste Unterlagen im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden über die Bevölkerung. Schwalbach ist ein Dorf mit 174 Einwohnern. 36 Männer, 41 Frauen, 49 Söhne, 48 Töchter leben in 48 Wohnhäusern. Es gibt 35 landwirtschaftliche Betriebe.

1685 gibt es 54 in Schwalbach ansässige Familien, noch heute tragen viele Familien die damals registrierten Namen wie z.B. Kreiner, von Hain, Hemmerle, Weil, Krebs, Henrich, Scherer, Pleines u.a. Bis 1885 kamen 45 Familien hinzu.

1929 wird Schwalbach am Taunus, das bis dahin zum Hochtaunuskreis gehörte, dem neugebildeten Main-Taunus-Kreis mit Sitz in Frankfurt-Höchst zugeordnet. Die Entwicklung geht nur sehr langsam weiter. 1946 hat Schwalbach am Taunus 2.208 Einwohner, 1960 - 2 Jahre nach der Amtsübernahme durch Bürgermeister Hugo Lietzow - 4.388 Einwohner. Ein Wachstum, welches sich im wesentlichen durch die Bauentwicklung verschiedenster Kleinsiedlungen, wie z.B. die Günther-Siedlung im Finkenweg, die Farbwerkssiedlung im südlichen Bereich der Gemarkung und die "Nebenerwerbs-Siedlung", im Volksmund auch Kopftuchsiedlung" genannt, an der Hofheimer Straße, Waldstraße u.a. ergeben hat.

Die 60er und 70er Jahre bringen dann eine wesentliche Veränderung in der Gesamtstruktur der Stadt. Mit dem Bau der Wohnstadt Limes, ein Projekt für 10.000 Menschen, steigt die Einwohnerzahl auf 14.218 Menschen. Schwalbach am Taunus erhält eine Vielzahl von Einrichtungen, die es vorher nicht hatte. Nach dem Neubau der Geschwister-Scholl-Schule als Grund- und Hauptschule 1958 wird in der Wohnstadt Limes eine weitere Grundschule, die Georg-Kerschensteiner-Schule, errichtet. 1967 - 1970 werden erstmals drei städtische Kindergärten (Frankenstraße, Brandenburger Straße, Pfingstbrunnenstraße) gebaut. Einen weiteren Kindergarten errichtet die Katholische Kirchengemeinde St. Martin in der Limesstadt. Die Friedrich-Ebert-Schule wird als Haupt- und Realschule gebaut, die Geschwister-Scholl-Schule wird zur Grundschule abgestuft. Später entsteht die Gymnasiale Oberstufe (heute Albert Einstein-Schule).

Ein Hallen- und Freibad entsteht sowie eine Vielzahl von Sportanlagen. Das Stadion in der Wohnstadt und zwei weitere Sportplätze mit dem Umkleidegebäude der "Gesamtsportanlage" sind beispielhaft zu nennen.~ Die Schwalbacher Sportvereine entwickeln sich mit Hilfe der Stadt schwunghaft. Die Tennisanlage "Am Erlenborn" und die vereinseigene Turnhalle der Turngemeinde Schwalbach am Taunus entstehen.

Die ersten zwei Großbetriebe Procter & Gamble sowie die VDO siedeln sich an, Am Kronberger Hang, wo sich seit 1958 die Gewerkschaftsschule der IG Bau-Steine-Erden befindet, baut die HADEKA. Beide

Einrichtungen haben inzwischen anderen Gebäuden Platz gemacht.

Im Mai 1970 erhält die Gemeinde Schwalbach am Taunus die Stadtrechte.

In der Folge werden weitere Wohngebiete am Fasanenweg, an der Friedrich-Stoltze-Straße, an der Berliner Straße, der Friedrich-Ebert-Straße (das sogenannte "Allgemeine Wohngebiet") erschlossen, die teilweise noch heute entwickelt werden.

Ein Meilenstein in der Entwicklung ist der im Dezember 1972 fertiggestellte Bahnhof "Schwalbach-Limes". Zum ersten Male ist Schwalbach am Bahnnetz angeschlossen. Die Deutsche Bundesbahn, wie sie damals heißt, baut eine Strecke von Niederhöchststadt nach Schwalbach. Zunächst werden die Nutzer der Bahn mit dem Pendelzug nach Niederhöchststadt gefahren, um dort in den Zug nach Frankfurt umsteigen zu können. Später wird die Linie bis nach Bad Soden ausgebaut. Sie ist heute ein Teil des S-Bahnnetzes des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV).

Die überörtliche Straßenerschließung ist durch den Ausbau der L 3005 als vierspurige Anbindung an das Autobahnnetz als "sehr gut" einzustufen. Durch die L 3014, die sogenannte "Limesspange", die unter der Stadtmitte hindurch führt, kann Schwalbach am Taunus "umfahren" werden. Es ist daher weitgehend vom Durchgangsverkehr verschont.

Überhaupt, die neue "Stadtmitte": 1970 beschließt die Stadtverordnetenversammlung, über den die Stadtteile trennenden Graben der Limesspange und der Bahnlinie ein neues Stadtzentrum zu bauen. Es ist 1973 weitgehend fertiggestellt. Bahnhof, Rathaus und Bürgerhaus sind entstanden. Die neue Mitte hat eine Vielzahl von Läden und die Post, 500 Garagen sowie ein Parkdeck. Mehrere Hundert Wohnungen sind fertiggestellt. Durch die "Verdichtung" in der neuen Stadtmitte können auch die genannten Einrichtungen finanziert werden.

Für die Wohnstadt Limes wurde beim Bau eine weitsichtige Entscheidung getroffen. Der gesamte Wärmebedarf (Warmwasser, Heizung) wird durch ein Fernheizwerk gedeckt, welches zunächst mit schwerem Heizöl betrieben wird. Später mit Erdgas.

1991 (Erteilung der Baugenehmigung) kommt ein Blockheizkraftwerk hinzu, welches Schwalbach am Taunus zu 50 % mit Strom versorgt, der direkt in das 20 KV-Netz gespeist wird. Konsequenterweise wurden auch alle Neubaugebiete, das "Allgemeine Wohngebiet" das sowie Gewerbegebiet "Am Kronberger Hang", angeschlossen.

Heute ist Schwalbach am Taunus eine moderne Stadt, aber auch ein wichtiger Wirtschaftsstandort für eine Vielzahl internationaler Unternehmen. Die Lage der Stadt zwischen der Großstadt Frankfurt am Main und dem Taunus ist ideal: Die

Arbeitsplätze der Region Rhein-Main und sind in Reichweite und die Erholung im nahen Taunus beginnt an der Stadtgrenze. Die Stadt hat sich gerade in den letzten Jahren ihrer sozialen Verantwortung, insbesondere für Mieterinnen und Mieter von über 1.600 Sozialwohnungen, sowie für eine umweltgerechte Entwicklung im Interesse der nachfolgenden Generationen gestellt.

II. Handlungsfelder

1. Stadtentwicklung

1.1 Landesentwicklungsplan (LEP)

Der Landesentwicklungsplan (LEP) liefert die Kernaussagen zur Entwicklung des Landes und der Regionen. Er legt die Entwicklungstendenzen fest und wird von der Landesregierung erstellt.

### 1.1.1 Regionaler Raumordnungsplan (RROP)

Aus dem Landesentwicklungsplan wird der Regionale Raumordnungsplan entwickelt. Im Rahmen der Festsetzungen und Grenzen des Landesentwicklungsplanes (LEP) hat der Regionale Raumordnungsplan (RROP) schon größere Bedeutung auch für unsere Stadt. Die Festlegung von konkreteren Entwicklungsvorgaben, von regionalen Grünzügen usw. beeinflusst sehr stark die nachfolgende Flächennutzungsplanung. Der Regionale Raumordnungsplan (RROP) wird aufgestellt von der Regionalen Planungsversammlung, die beim Regierungspräsidium in Darmstadt angesiedelt ist.

### 1.2 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan hat sich aus den beiden vorgenannten Plänen zu entwickeln (LEP/RROP). Zuständig für die Aufstellung und Änderung des Flächennutzungsplanes ist der Umlandverband Frankfurt und in Zukunft ab April 2001 der Planungsverbund für die Region Rhein-Main.

Der Flächennutzungsplan (FNP) hat die Vorgaben für die städtebauliche Entwicklung der Stadt in den Grundzügen zum Inhalt.

Für Schwalbach am Taunus gilt der Flächennutzungsplan (FNP) des Umlandverbandes Frankfurt. Er ist Handlungskonzept für die Stadt und sieht z.Zt.

- noch etwa 20 ha Wohnbauflächenzuwachs und ca. 7 ha Gewerbeflächenzuwachs vor.

Die rückläufigen Einwohnerzahlen einerseits und die vorhandene Einwohnerdichte andererseits sowie der Bestand an Büro- und Gewerbeflächen erfordern keine Änderung. Die Stadtentwicklung in Schwalbach am Taunus ist weitgehend abgeschlossen. Zur Zeit wird der Flächennutzungsplan (FNP) fortgeschrieben. Allerdings war bereits in der letzten Fortschreibung bis zum Jahr 2015 zu erkennen, dass für Schwalbach am Taunus keine weiteren Entwicklungen vorgesehen sind.

#### 1.2.1. Ziele

- Reduzierung der im Flächennutzungsplan (FNP) dargestellten Wohnbauflächen für das Gebiet Am Pfannenstiel/Auf der Wildwiese. Das Verfahren beim Umlandverband Frankfurt ist eingeleitet.
- Reduzierung der Gewerbeflächen südlich des Gebietes "Am Flachsacker". Die jetzige Bebauungsgrenze der Gewerbebetriebe Eggenweiler/Minimal-Markt in Richtung Sulzbach soll als endgültige Entwicklungsgrenze festgeschrieben werden.

Die klimatologischen Untersuchungen des Umlandverbandes Frankfurt (Anlage) sollen Richtlinien sein für die Erhaltung von Frischluftschneisen und Frischluft-(Kaltluft)-Entstehungsgebieten.

Darstellung der Freiraumentwicklung im Innenbereich mit dem Ziel einer qualitativen Aufwertung von Freiflächen für ökologische Vernetzung, Klima und Erholung.

Wiedernutzung von Brachflächen, insbesondere im historischen Ortskern.

#### 1.2.2 Maßnahmen

Erarbeitung eines Leitbildes für die weitere Stadtentwicklung mit dem Flächennutzungsplan (FNP), das die genannten Ziele respektiert und umsetzt.

Öffentliche Diskussion dieses Leitbildes und Beschlussfassung zur Selbstbindung.

Einzelentscheidungen auf fachlicher und politischer Ebene haben sich ständig an das Leitbild zu orientieren und dem Leitbild zu entsprechen.

Vorsorglicher Grunderwerb der Stadt zur Sicherung von Entwicklungs- und Freiräumen.

Kontrolle der Einhaltung von grünordnerischen Festsetzungen des Landschaftsplanes und der Festsetzungen in Baugebieten.

Umnutzung von Gewerbebrachen unter Beachtung der Beseitigung etwaiger Altlasten, Rückbau von Anlagen usw.

### 1.2.3 Bebauungspläne

Die Bebauungspläne haben sich aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

#### 1. Neue Baugebiete

##### a) Am Sulzbacher Pfad

Ziel ist die Errichtung einer Altenpflegeeinrichtung mit 92 Pflegeplätzen gemeinsam mit der Gemeinde Sulzbach. Daneben werden rund 100 Wohneinheiten in 4 Geschosswohnbauten, die insbesondere dem "betreuten Wohnen" dienen sollen, und rund 50 Reihen- und Doppelhäuser entstehen, damit die Wohnstruktur nicht einseitig nur auf ältere Mitmenschen ausgerichtet ist.

##### b) Berliner Straße/Wiesenweg

Auf der Industriebrache des früheren Gewerbebetriebes Behnke sind 40 Reiheneigenheime in hoher Verdichtung nahe der Stadtmitte entstanden.

#### 2. Überplanung bestehender Baugebiete

##### a) Südlich des Fasanenweges

##### b) Zwischen Meisenstrasse und Spechtstrasse

##### c) Nördlich der Eschborner Strasse

##### d) Zwischen Frankfurter Strasse und Niederräder Strasse

##### e) Östlich der Gartenstrasse

##### f) Adolf-Damaschke-Strasse

Durch die Überplanung der bereits bebauten Gebiete soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung sichergestellt werden.

#### 3. Gewerbegebiete

##### a) In der Sulzbacher Eck

Hier werden für die Firma Procter & Gamble Erweiterungsmöglichkeiten geschaffen. Insbesondere ist ein erhöhter Bedarf an PKW-Stellplätzen zu decken.

##### b) Am Flachsacker

Dieser Bebauungsplan dient der Schaffung notwendiger Gewerbeflächen für Schwalbacher Betriebe.

4. Kleingartenanlagen

- a) Die kleine und große Rohrwiese, Narrenkappe, Am Flachsacker
- b) Hinter der Röth
- c) Grumbach

Anmerkung:

Aufgrund geänderter gesetzlicher Bestimmungen fordern die Bauaufsichtsbehörden verstärkt die Beseitigung der illegalen Kleinbauten außerhalb der bebauten Ortsteile. Mit den o.g. Bebauungsplänen kann der Bestand der bereits errichteten Kleingartenanlagen auf Dauer gesichert werden. Die Kleingartenanlage "Grumbach" ist bereits durch Bebauungspläne gesichert.

Bauen und Wohnen

Wohnungsbau

1.3.1.1 Bestandsaufnahme

Die Entwicklung des Wohnungsbestandes beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung. Darüber hinaus spielen die Verkehrslage, Geburtenentwicklung, Arbeitsplätze, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, gesellschaftliches Leben und kulturelles Angebot eine wichtige Rolle. Ausweisung und Gestaltung neuer Wohngebiete ist gleichbedeutend mit der Verbesserung der Wohnbedingungen in bereits bestehenden Wohngebieten. Oft verlangen dabei sicher die bestehenden Wohngebiete größere Aufwendungen. Eine Beteiligung der Anlieger ist dabei zur Zeit noch nicht möglich. Nach den Prognosen der Regionalplanung wird Schwalbach am Taunus in Zukunft rückläufig Einwohnerzahlen verzeichnen. Die Entwicklung hat den negativen Nebenaspekt, dass die Einnahmen aus der Einkommenssteuer sich ebenfalls negativ entwickeln.

Die Wohnbevölkerung Schwalbachs hat sich nach der Fortschreibung des Hessischen Statistischen Landesamtes seit 1970 wie folgt entwickelt:

31.12.1960	4.388
31.12.1970	14.222
31.12.1971	15.017
31.12.1975	14.965
31.12.1980	14.961
31.12.1982	15.417
31.12.1985	14.980
31.12.1990	14.683
31.12.1995	14.359
31.12.1998	14.213
30.06.1999	14.179

Dadurch wird ersichtlich, dass im wesentlichen die 60er und 70er Jahre einen Bevölkerungszuwachs brachten. Hier ist der Bau der Wohnstadt Limes zu nennen. Aber auch die Neubaugebiete der Berliner Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Fasanenweg und zuletzt der Friedrich-Stoltze-Straße förderten die positive Einwohnerentwicklung. Seitdem ist eine zunehmende "Veralterung" der Wohnbevölkerung festzustellen. Kinder fanden in dieser Zeit sehr häufig keine Wohnung in Schwalbach. Jetzt ist im wesentlichen ein Wachstum im sogenannten "Allgemeinen Wohngebiet" zu verzeichnen. Hierbei wird darauf geachtet, dass



auch für die in Schwalbach ansässigen jungen Einwohner sozusagen für den Eigenbedarf Wohnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Damit wird der Negativtendenz begegnet.

Derzeit hat Schwalbach ca. 2.600 Gebäude, mit ca. 6.700 Wohneinheiten. Das für die Zukunft ausgewiesene Bauland ist im wesentlichen für die Eigenentwicklung vorgesehen. Schwalbach am Taunus gehört nach den Städten Frankfurt am Main und Offenbach am Main mit 2.203 E/qkm zu den am dichtesten besiedelten Gemeinden in Hessen. Die aufwachsenden Generationen sollen in Schwalbach am Taunus wohnen können. Wohnform und -Umfeld werden so individuell wie möglich gestaltet. Die finanziellen Möglichkeiten der jungen Menschen sind zu berücksichtigen. Umweltschutz und umweltfreundliche Bauarten sind besonders zu beachten bzw. einzusetzen.

### 1.3.1.2 Ziele

Förderung der Innenentwicklung und Erhalt des vorhandenen Bestandes.

Keine extensiven Wohnbaustandorte und mit der entsprechenden Flächenversiegelung.

Prüfung bei geplanten Neubauten, ob vorhandene Gebäude die vorgesehene Nutzung ebenso erfüllen können.

Wohnungsnaher Versorgung stabilisieren, um zusätzlichen Verkehr zu vermeiden.

Förderung ökologischer, ressourcensparender Bauweisen (z.B. Regenwassernutzung, Solaranlagen, Dachbegrünung).

Ökologisch sinnvolle Wärmedämmung, auch in Abstimmung bei denkmalgeschützten Gebäuden mit den Belangen des Denkmalschutzes und des Ortsbildes.

### 1.3.1.3 Maßnahmen

Laufende Aktualisierung der Bedarfsanalyse.

Keine Bebauungspläne für extensive Wohnbaustandorte.

Abschließende Bebauung des "Allgemeinen Wohngebietes".

Abschließende Erstellung von Bebauungsplänen für die Wohnstadt Limes mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnsituation, z.B. Dachausbau bei Reihenhäusern, und der Unterbringung des ruhenden Verkehrs.

Stadt muss Vorbild für ökologisches Bauen und Verhalten bei der Sanierung städtischer Gebäude sein.

Prüfung des ruhenden Verkehrs.

Prüfung der Sanierungsmöglichkeiten in den einzelnen Siedlungsbereichen und der Beseitigung funktioneller Defizite.

Maßnahmen gegen Verkehrslärm.

Pflege historisch wertvoller Gebäude.

Verbesserung des Rundfunk- und Fernsehprogramms durch Ausweitung des Angebotes für das Kabelfernsehen.

Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung - Verkehrsberuhigung

- Bebauungspläne fortsetzen für das Gesamtstadtgebiet
- a) evtl. Ausbaumöglichkeiten zulassen oder beschränken
- b) Wohnungen für Pflegebedürftige schaffen
- c) Wohnungen für unsere Kinder

### 1.3.2 Gewerbeflächen

Die Bevölkerungsentwicklung hängt eng mit den bestehenden Arbeitsmöglichkeiten zusammen. Die wirtschaftliche Situation einer Stadt kann daher nicht isoliert gesehen werden. Örtliche Besonderheiten bestehen aber immer wieder.

Kaum mehr eine Rolle spielt die Landwirtschaft. Landwirtschaft heißt daher in unserer Stadt fast mehr „Landschaftspflege“ als wirtschaftlicher Faktor.

Bedeutender ist die Stadt als Sitz großer Unternehmen und handwerklicher Betriebe. Überwiegend sind Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor vorzufinden. Weit über 6.000 Arbeitsplätze bei ca. 15.000 Einwohnern stehen zur Verfügung. Die das Stadtbild prägenden Großunternehmen spielen dabei eine dominante Rolle.

Die Arbeitslosigkeit in Schwalbach liegt deutlich geringer als in allen anderen Teilen Hessens und der Bundesrepublik. Zwischen 4 % und 5 % pendelte sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ein.

#### 1.3.2.1 Ziele

- Intensive Nutzung vorhandener Gewerbeflächen.
  - Die Wirtschaftskraft der Stadt muss erhalten bleiben. Trotz der enormen Verdichtung ist daher die Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit guter Steuerkraft ein wichtiger Schritt zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Stadt.
  - Vorhandenen Betrieben sind Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen, auch durch Ansiedlung in in Rundbereiche der Stadt, z.B. ehemaliges Camp Eschborn.
  - Der Einzelhandel und dessen Entwicklung ist dabei besonders zu fördern. Attraktive und bedarfsgerechte räumliche Konzentration ist dabei anzustreben.
  - Keine Ansiedlung störender Betriebe zur Erhaltung der vorrangigen Struktur der Stadt als Wohnstadt.

#### 1.3.2.2 Maßnahmen

- Erschließung des ehemaligen Camp Eschborns als Gewerbegebiet zur Erweiterung einheimischer bzw. Ansiedlung neuer Betriebe als Ersatz für die an der Eschborner Höhe entfallenen Gewerbegebiete.
- Fertigstellung der Bebauung "Am Kronberger Hang".
- Formulierung von Mindestanforderungen an Unternehmen beim Verkauf städtischer Gewerbeflächen.

## 1.4 Verkehr und Lärm

### 1.4.1 Bestandsaufnahme

Die Mobilität im Sinne einer schnellen Beförderung von Personen und des Transports von Gütern ist auch in Hessen von existentieller Bedeutung. Nicht nur das immer noch wachsende Bedürfnis nach individueller Mobilität als Element freiheitlicher, privater Lebensgestaltung, sondern auch die aktuellen wirtschafts-, außen- und gesellschaftspolitischen Grundanliegen werden in Schwalbach, in Deutschland und in Europa mehr Verkehr erzeugen. Wer das Zusammenwachsen von Bürgern und Wirtschaft und die Öffnung dieser Integration befürwortet, darf keine Blockaden errichten. Wenn Wachstumsverluste und Standortnachteile vermieden werden sollen, muss der Infrastrukturausbau dem Bedarf folgen.

Das Straßennetz in und durch die Stadt Schwalbach am Taunus mit seinen 32 km Straßen ist gekennzeichnet durch eine teilweise sehr hohe Verkehrsbelastung. Hohes Verkehrsaufkommen bedeutet einen höheren Lärmfaktor.

Viele Straßen, insbesondere die in den 50er und 60er Jahren gebaut wurden, sind für die gewachsenen Verkehrsansprüche nicht ausgebaut, Fahrbahnschäden sind die Folge.

### 1.4.2 Verkehrswege

Schwalbach am Taunus war in seiner Geschichte nie ein bedeutsamer Ort, lag aber an sehr bedeutsamen Straßen. Bereits im Mittelalter und bis zur letzten Jahrhundertwende führte die Poststraße von Frankfurt nach Köln durch Schwalbach, ein Vorläufer der bekannten Bundesstraße 8. Südlich wurde Schwalbach von der Elisabethenstraße tangiert (heute Autobahn Frankfurt - Wiesbaden), eine schon bei den Römern wichtige Ost-West-Verbindung.

Mit dem Wachstum der Stadt und der Ansiedlung von Gewerbebetrieben hat sowohl der Individual- wie auch der Pendelverkehr ständig zugenommen. Zwar ist Schwalbach durch die Limespange hervorragend an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden und hat nicht die Massen Durchgangsverkehr zu bewältigen wie die umliegenden Gemeinden. Verkehrsprobleme gibt es aber zu Genüge, die behoben werden müssen. Hier sind Einfallsreichtum und finanzielle Mittel erforderlich.

Das überörtliche Straßennetz um Schwalbach besteht aus 3 Straßen. Zum einen die Landesstrasse 3005, die vierspurig ausgebaut ist. Die letzte Verkehrszählung im Jahr 1995 hat ergeben, dass diese Straße täglich von insgesamt 30.455 Kfz/Tag zwischen Schwalbach und Frankfurt am Main befahren wird.

Die zweite wichtige Landesstraße ist die L 3014 (Limespange), die unsere Stadtmitte unterquert. Hier haben wir ein Verkehrsaufkommen von täglich 18.608 Kfz in beiden Richtungen.

Die dritte Straße ist die Kreisstraße 801 (K 801, die Sulzbacher/Sodener Straße). Diese Straße ist durch die dort angesiedelten Gewerbebetriebe täglich mit 8.750/24 h Kfz belastet. Auch Durchgangsverkehr Richtung Sulzbach/Main-Taunus-Zentrum. Im Stadtgebiet selbst sind als Haupterschließungsstraßen der Ost- und

Westring in der Limesstadt, die Berliner Straße, Wiesenweg/Ringstraße und die Friedrich-Ebert-Straße sowie die Straßen "Am Erlenborn" und "Am Flachsacker" als kleine "Südumgehung" zu nennen, die höhere Verkehrsaufkommen aufzunehmen haben.

### 1.4.3 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ohne leistungsfähige ÖPNV-Systeme ist in den Ballungsräumen die Verkehrsmenge nicht mehr zu bewältigen. Nur mit einem gut ausgebauten Netz kann für viele Arbeitnehmer die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes gewährleistet werden.

Eine umweltverträgliche Gestaltung des Verkehrs im Sinne von Reduzierung (oder Beschränkung) des Kraftfahrzeugverkehrs nach Menge und Aufwand muss durch geeignete Maßnahmen den individuellen Kfz-Verkehr verringern und die alternativen Verkehrsmittel (z.B. ÖPNV) erhöhen:

- Wie kann Verkehr überhaupt vermieden und Verkehrsaufwand reduziert werden ?
- Wie kann der verbleibende Verkehr auf möglichst umweltverträgliche Verkehrsmittel verlagert werden?
- Wie kann der unvermeidlich notwendige motorisierte Verkehr möglichst wenig umwelt- und umfeldbelastend abgewickelt werden ?
- Technikeinsatz
- Geschwindigkeitsdämpfung
- Parkraumbewirtschaftung

Die Bedeutung von ÖV-gut erschlossenen Gewerbegebieten im Umland ist auch hervorzuheben, weil eine einseitige Bevorzugung von Wohngebieten im Einzugsbereich von ÖV-Haltestellen des Umlandes den Pendlerdruck auf die Kernstädte - in der Folge also auch den motorisierten Individualverkehr weiter verstärken würde.

### 1.4.4 Ziele

- Bau eines weiteren Haltepunktes der S 3 im Gewerbegebiet „Am Kronberger Hang“.
- Verbesserung der Zugänglichkeit und des Erscheinungsbildes der Haltestellen und des Bahnhofs.
- Fahrradabstellmöglichkeiten an den Bahnhöfen schaffen.
- Restriktiv flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in zentralen Bereichen (Parkgebühr).
- Kürzere Taktwege der Züge (15 Minuten), evtl. notwendiger Ausbau von Teilflächen für ein zweites Bahngleis, damit Begegnungsverkehr möglich wird.

#### 1.4.4.1 Ziele beim Individualverkehr

- Der Durchgangsverkehr ist nach Möglichkeit noch weiter zu reduzieren. Der Altstadtbereich ist dabei von Verkehrsströmen, die nicht mittelbar oder unmittelbar auf ihn bezogen sind, zu befreien.
- Das Fußgänger- und insbesondere Fahrradwegenetz zwischen den Ortsteilen ist zu verbessern.
- Der Unterbringung der parkenden Kraftfahrzeuge, insbesondere in der Wohnstadt Limes und der angrenzenden Neubaugebiete der Berliner/Friedrich-Stoltze-Strasse, muss besondere Beachtung geschenkt werden.

#### 1.4.4.1.1 Maßnahmen

- Weiterer Ausbau von Straßen zur Verkehrsberuhigung, z.B. 30er Zonen, versetzte Haltebereiche beidseits.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit der Erschließungsstraßen in der Wohnstadt durch "Möblierung" und Erweiterung des Parkplatzangebotes.
- Verbesserungen am Parkdeck in der Stadtmitte zur Erhöhung der Akzeptanz.
- Erweiterung und Ausbau eines separaten Radwegenetzes.
- Schaffung von Ruhezeiten (Sitzbänke, Blumenschmuck) an den "Hauptfußwegen", z.B. Mittelweg in der Limesstadt.
- Fortführung des Feld- und Waldwegebaues.
- Verbesserung des ÖPNV mit RMV und MTV sowie Bahn AG.
- Durchgangsverkehr unterbinden.

#### 1.5. Wasser und Abwasser

Hier sind die kommunalen Bereiche angesprochen, die für eine Stadtentwicklung - auch wenn die Funktion sich hinter den Kulissen vollzieht - grundlegend sind. Es handelt sich um Grundbedürfnisse, wie Wasser, Energie, Abwasser und Abfallbeseitigung. Die Stadt ist zwar nicht in allen Fragen zuständig, ist aber teilweise durch Verträge oder aus ihrer Verantwortung den Bürgern gegenüber zur Aktivität verpflichtet.

##### 1.5.1 Wasser

Seit dem 01.01.2000 ist die neu gegründete Wasserversorgung Main-Taunus GmbH, an der die Stadt mit 51 % beteiligt ist und die MKW Wasser + Umwelt mit 49 %, für die Wasserversorgung zuständig. Die Wasserbeschaffung ist zur Zeit durch Verträge mit der Stadt Frankfurt am Main und durch Eigenförderung aus zwei eigenen Brunnen gesichert.

##### 1.5.2 Abwasser

###### 1.5.2.1 Überörtliche Abwasserbeseitigung (Abwasserverbund Vordertaunus)

Die Abwasserbeseitigung teilt sich die Wasserversorgung Main-Taunus GmbH und der Abwasserverbund Vordertaunus. Während die Wasserversorgung Main-Taunus GmbH für das Entsorgungsnetz im Stadtgebiet zuständig ist, trägt der Abwasserverbund alle Einrichtungen, die zu einer geordneten Abwasserbeseitigung heute notwendig sind. Dies sind die im Stadtgebiet befindlichen Regenüberlaufbecken sowie die überörtlichen Entsorgungsleitungen mit dem Anschluss an das Großklärwerk in Sindlingen. Diese Anlage wurde auch mit Mitteln der Verbundgemeinden des Abwasserverbundes finanziert. Dadurch ist gewährleistet, dass alle aus Schwalbach abgeführten Abwässer hier ordnungsgemäß entsorgt werden. Trotzdem ist das Kanalnetz zukünftig den Bedürfnissen auch durch Erweiterung von Baugebieten anzupassen.

#### Ziele

- Ausreichende und soweit möglich preisgünstige Versorgung aller Bürger mit Energie und Wasser
- Beseitigung aller Abwässer in Abwasseranlagen neuester technischer und umweltförderlicher Qualität

## Maßnahmen

- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit MKW und MAINOVA AG.
- Sicherstellung der Fernwärmeversorgung zu angemessenen Bedingungen in den ausgeschlossenen Bereichen.
- Wettbewerbssituation im Bereich Strom, Gas und Wasser nutzen.
- Jährliche Aktionswoche zum Umweltschutz.
- Jährliche Aktion "Frühjahrsputz".
- Erstellung von Rohrnetzplänen mit Sanierungsvorschlägen für das Wasserleitungsnetz.
- Verringerung der Wasserverluste durch optimale Rohrnetzunterhaltung.
- Unterhaltung und Anpassung des Kanalnetzes an die wachsenden Notwendigkeiten.

### 1.5.3

## Hochwasserschutz

### 1.6

## Maßnahmen

Beseitigung des Überlaufs am Waldbach

Förderung von Regenwassernutzungsanlagen

Maßnahmen zur Regenwasserversickerung

Dachbegrünung

Renaturierung von Bachläufen

Schaffung von Flutmulden

Öffentliche Sicherheit

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind nur im beschränkten Umfang Aufgaben einer Stadt. Dort wo es Zuständigkeiten gibt, ist eine optimale Ausstattung notwendig. Hier soll insbesondere der Brand- und Katastrophenschutz angesprochen sein. Die Freiwillige Feuerwehr ist in den letzten Jahren sehr gut ausgestattet worden.

Für den Katastrophenschutz liegen entsprechende Katastrophenpläne vor.

Dem DRK wurden neue Funktionsräume zur Verfügung gestellt.

Ziele

1.6.2 Maßnahmen

Optimale Ausstattung der Feuerwehr durch Geräte und Räumlichkeiten.

Ständige Aktualisierung des Katastrophenschutzplanes.

Erhalt und Verbesserung des Ausbildungsstandes und der modernen Ausrüstung der Feuerwehr.

Förderung einer noch zu bildenden Jugendfeuerwehr.

Regelmäßige Fortschreibung des Katastrophenschutzplanes und Besprechung mit allen örtlichen Einsatzgruppen.

Unterstützung der anderen Institutionen wie DRK usw.

## 2. Soziales

Kommunalpolitik ist zuerst auf den Menschen ausgerichtet und als solche sozial.

Adressaten von Angeboten und Maßnahmen sozialer Leistungen sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, vor allem aber Individuen und Gruppen, die aufgrund ihrer sozialen Lage und/oder Herkunft der Unterstützung bedürfen.

Hierzu gehören Kinder und Jugendliche aus sozial schwächer gestellten Familien, Alleinerziehende, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, pflegebedürftige Personen und Menschen in Wohnungsnot.

In Schwalbach leben Menschen aus 89 Nationen, der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern ausländischer Herkunft liegt bei 14,1 Prozent und konzentriert sich auf den Stadtteil Limes. Das vorhandene hohe Maß an sozialem und kulturellem Zusammenleben und "Miteinander" von Menschen ausländischer und deutscher Herkunft ist zu halten.

In allen Bereichen wirken die öffentlichen und freien Träger nach dem Subsidiaritätsprinzip. Ziele und Maßnahmen müssen daher in Abstimmung mit den freien Trägern verwirklicht werden.

Der Aspekt der Sicherheit ist bei der Entwicklung des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger verstärkt zu beachten.

### 2.1 Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit ist einerseits zielgruppenorientiert, andererseits aber gerade durch die Vorgaben der Agenda 21 genötigt, möglichst viele Gruppierungen an den unterschiedlichsten Prozessen zu beteiligen. Dies vor allem im Hinblick auf die geforderte Nachhaltigkeit der Agenda-Prozesse - sind es doch die Kinder und Jugendlichen, die die Zukunft ausmachen.

"Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat.

Zusätzlich zu ihrem intellektuellen Beitrag und ihrer Fähigkeit, unterstützende Kräfte zu mobilisieren, bringen sie einzigartige Ansichten ein, die in Betracht gezogen werden müssen." (Agenda 21, Kapitel 25)

In Schwalbach leben 2.345 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Zu berücksichtigen ist, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) auch die Altersgruppe der 19- bis 27-jährigen als Adressaten von Maßnahmen der Jugendhilfe benennt.

Kinder und Jugendliche sind an allen sie betreffenden Entscheidungen altersgemessen zu beteiligen. Gemeint ist hier nicht nur Mitsprache, sondern Mitbestimmung und Mitentscheidung bis hin zur Selbstbestimmung/Selbstorganisation.

## 2.1.2 Bestandsaufnahme

### 2.1.2.1 Betrieb des Spielmobiles

- Der Schiffspielplatz ist ein verlässlicher Anlaufpunkt für Kinder. Sie finden dort Spiel- und Bastelmöglichkeiten, können lernen, ihre Freizeit selbst zu organisieren, finden aber auch bei Bedarf erwachsene Ansprechpartner und Hilfestellung.
- Ferienspiele werden in den Oster-, Sommer- und Herbstferien angeboten, Freizeiten führen auch mal aus Schwalbach heraus.
- In Kooperation mit anderen (so der Kulturkreis Schwalbach am Taunus GmbH, Leseförderung und Stadtbücherei) finden kulturelle Reihen- und Einzelveranstaltungen für Kinder statt.

### - 2.1.2.2 Betrieb des Jugendhauses

- Raum- und Programmangebot orientiert sich an den Interessen und Bedürfnissen vieler Jugendlicher und wird unterschiedlichen Interessenlagen und Anforderungen gerecht.
- Es bietet Freiraum zur Eigengestaltung und die Möglichkeit eigene Ideen umzusetzen, aber auch Anregungen zur Freizeitgestaltung und Betreuung/Hilfestellung in Problemsituationen.
- Das Konzept des Jugendhauses wird aufgrund der ausgewerteten Erfahrungen in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben und wechselnden Anforderungen angepasst.
- Das Jugendhaus ist ein zentraler Bereich der Partizipation.
- Die Jugendhausarbeit wird vor allem im Hinblick auf Partizipation vom kommunalen Jugendbildungswerk unterstützt.

Entsprechend dem Grundsatz der Subsidiarität werden die Kirchengemeinden und Vereine wie bisher in ihren Angeboten für alle Schwalbacher Kinder und Jugendlichen unterstützt.

### 2.1.2.3 Fortführung des kommunalen Jugendbildungswerkes

- Das Jugendbildungswerk erarbeitet - nach Möglichkeit gemeinsam mit den Jugendlichen - attraktive Angebote im Rahmen der Jugendbildungsarbeit.
- Es besteht eine enge, auch strukturell festgelegte Zusammenarbeit mit allen städtischen Angeboten der Jugendarbeit, den freien Trägern, Schulen und den Kirchengemeinden.
- Der Jugendbildungsreferent koordiniert alle Projekte/Verfahren im Zusammenhang mit der Partizipation und hat eine Vermittlerfunktion zwischen Kindern/Jugendlichen und Entscheidungsträgern sowie der Öffentlichkeitsarbeit.

Ziele



Kinder und Jugendliche beteiligen sich an allen für sie relevanten Prozessen und Entscheidungen

Kinder und Jugendliche sind zu fördern

Kinder und Jugendliche brauchen ausreichend Spiel- und Bewegungsräume

Kinder und Jugendliche sollen sich vom Verkehr weitgehend ungefährdet in Schwalbach bewegen können

Kinder und Jugendliche sollen in Schwalbach attraktive Freizeit- und Bildungsangebote vorfinden

Jugendliche sollen sich qualifizieren und lernen Verantwortung zu übernehmen

Kinder/Jugendliche aus verschiedenen Kulturen sollen friedlich und gut miteinander leben

Kinder und Jugendliche sollen soziale Kompetenz und Sensibilität für soziale Gerechtigkeit erwerben

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene benötigen privaten Raum

Kinder und Jugendliche sollen Umweltkompetenz erwerben

## Maßnahmen

Der begonnene Partizipationsprozess wird weiter vorangetrieben.

Beteiligungsangebote werden gefördert und die Kontinuität wird gesichert.

Nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene werden qualifiziert.

Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen werden neue Formen der Partizipation entwickelt. Bereits vorhandene Mitbestimmungsorgane wie Schülervertretungen, Verwaltungsausschuss des JBW usw. werden genutzt und unterstützt.

Freie Träger und vor allem die Schulen werden einbezogen.

Die Öffentlichkeit wird kontinuierlich informiert.

Politik und Verwaltung nehmen Kinder und Jugendliche mit ihrer spezifischen Sichtweise ernst. .

In allen Projekten/Angeboten der städtischen Kinder- und Jugendarbeit (angefangen von den Kindertagesstätten bis hin zur Jugendbildungsarbeit) werden Lernfelder für Partizipation enthalten sein bzw. neu entwickelt und ausgeweitet werden.

Grundsätzlich werden die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen, ihre unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen berücksichtigt.

Die Schulwege und die Wege zu Spielplätzen, Freizeittreffs etc. sind zu sichern, speziell auszuweisen und zu beschildern.

Das Fahrradnetz ist weiter auszubauen.

interkulturelle Begegnung, Kennenlernen, gemeinsam aktiv werden ist ein Schwerpunkt der pädagogischen Konzeptionen von Spielmobil, Jugendhaus, Schulsozialarbeit und Jugendbildungswerk.

Kinder und Jugendliche in Problemsituationen generell, Kinder/ Jugendliche, die selbst Gewalt erleben und/oder Gewalt ausüben, finden kompetente Hilfestellung.

Mediationsverfahren werden entwickelt.

Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit anderen, auch dem Jugendamt des Main-Taunus-Kreises, den Kirchengemeinden, den freien Trägern und allen Schulen, dem Verein für Jugendhilfe und Suchtberatung.

Vereine, die sich um bessere Verständigung bemühen, erfahren besondere Unterstützung.

Friedrich-Ebert-Schule und Albert-Einstein-Schule gehen aufeinander zu.

Entsprechende Angebote des Jugendbildungswerkes und des Jugendhauses werden fortgeführt und gemeinsam mit den Jugendlichen weiter entwickelt.

Preisgünstiger Wohnraum auch für kinderreiche Familien ist zu beschaffen und evtl. neu zu schaffen.

1

Preisgünstige kleine Wohnungen für junge Erwachsene sind ebenso zur Verfügung zu stellen.

Die bereits vorhandenen Spielflächen und -plätze werden regelmäßig kontrolliert und instand gesetzt.

Es wird berücksichtigt, dass Kinder unterschiedlicher Altersgruppen, aber auch Mädchen und Jungen unterschiedliche Spielbedürfnisse haben, denen Rechnung getragen werden muss.

Kinder sind an der Planung (Konzeption) von Spielflächen beteiligt und - wenn möglich - auch an der realen Gestaltung.

Kinder und Jugendliche finden Akzeptanz in öffentlichen Räumen, sofern es nicht zu Interessenskollisionen kommt.

Das Spielmobil - der Schiffspielplatz - als pädagogisch betreutes Spielangebot wird ganzjährig betrieben und erweitert seine Öffnungszeiten sowie das Angebot.

Ausgangssituation einerseits:

Vor allem Kinder, aber auch Jugendliche, haben ein starkes Interesse an Natur und Umwelt und - wiederum vor allem Kinder - sind auch bereit, sich hierfür zu engagieren.

Andererseits:

Naturerfahrung im realen Sinne ist bei vielen nicht oder nur gering vorhanden.

- In allen kommunalen Angeboten und Projekten für Kinder und Jugendliche spielt die Naturerfahrung

als Grundlage ökologischen Lernens eine zentrale Rolle. Entsprechend werden Lernfelder entwickelt und ausgebaut (siehe Konzept der naturnahen Spielplätze im Kindertagesstättenbereich, Abenteuerpädagogik im Freizeitbereich, Klettern, Kanufahrten, Nachwunderungen usw.).

- Mit anderen Trägern, vor allem den Naturschutzverbänden, wird eng kooperiert.
- Kinder und Jugendliche motivierende Formen des Umweltlernens werden genutzt, z.B. Internet als interkommunikative Möglichkeit.
- Die Ämter (z.B. Bau- und Planungsamt, Sozial- und Jugendamt) arbeiten übergreifend zusammen.

## 2.2 Kindertagesstätten

In den Kindertagesstätten ist bereits deutlich ein Prozess in Gang gekommen, der das veränderte Bewusstsein im Hinblick auf eine erhaltens- und lebenswerte Umwelt dokumentiert.

Zwei Einrichtungen verfügen über naturnahe Außenspielgelände, die gemeinsam von Kindern, Eltern und Erzieherinnen gestaltet wurden.

Immer mehr rücken auch umweltpädagogische Angebote in den Vordergrund, die bei der nachwachsenden Generation ein verändertes Bewusstsein erreichen.

### Ziele

- Die Stadt Schwalbach am Taunus stellt jedem Kind ab dem vollendeten dritten Lebensjahr einen Kindergartenplatz zur Verfügung.
- Die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten ist aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.
- Das Betreuungsangebot erstreckt sich auch auf Kinder, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
- Erweitertes, am Bedarf orientiertes, Betreuungsangebot für Schulkinder.

### Maßnahmen

- Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfs- und -entwicklungsplanes und Umsetzung der Ergebnisse.
- Qualitative Weiterentwicklung im Kindertagesstättenbereich - dauerhafte begleitende Fortbildung des Personals,
- Anwendung neuer Methoden zur Vereinfachung und Verbesserung der Dienstleistung,
- Schaffung von festen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren, z.B. Krabbelgruppen und altersgemischte Gruppen in den Kindertagesstätten,
- Flächendeckende Vernetzung der Betreuungsangebote für Schulkinder (Hort, Schülerhilfe, Betreuungsschule, Schulsozialarbeit), Angebote auch in den Ferien.

## 2.3 Senioren

Zu Beginn dieses Jahrtausends werden in Schwalbach 3.019 Personen (davon 1.323 männlich, 1.696 weiblich) leben, die älter als 65 Jahre sind. Damit umfasst diese Gruppe ca. 21,6 % der Gesamtbevölkerung.

Für diese Zielgruppe ist die Lebensqualität aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

Die Stadt Schwalbach am Taunus hat einen Altenplan erstellen lassen, dessen Umsetzung jetzt z.B. im Bau der Altenpflegeeinrichtung erfolgt.

Damit ist ein Teil der Bevölkerung versorgt. Es gilt aber darüber hinaus, Ziele für alle älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zu definieren.

#### Ziele

- Für ältere, nicht mehr uneingeschränkt mobile Menschen ist eine attraktive Infrastruktur zu gewährleisten (Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote usw.)
- Der Lebensraum berücksichtigt die Bedürfnisse älterer Menschen (kurze Wege, behindertengerechte Einrichtungen, Sicherheitsbedürfnisse usw.)
- Die Arbeit der ökumenischen Zentralstation ist zu unterstützen, dabei ist vor allem der Bereich zu fördern, der nicht durch Kranken- und Pflegekassen abgedeckt ist. Mit der Fertigstellung der Altenpflegeeinrichtung ist die Arbeit der ambulanten Dienste mit der stationären Betreuung zu verzahnen.
- Die städtische Seniorenarbeit wird weiterhin bedarfsgerecht gestaltet und trägt dem wachsenden Personenkreis Rechnung. Dabei ist besonders das ehrenamtliche Engagement zu fördern und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu qualifizieren.
- Durch z.B. Betreutes Wohnen und ambulante Dienste soll unter anderem im Falle der Hilfsbedürftigkeit das Verbleiben alter Menschen in ihren Wohnungen ermöglicht werden. Pflegenden Angehörigen werden unterstützt, gefördert und entlastet (Kurzzeitpflege, Tagespflege).
- Der Seniorenrat als Mitbestimmungsgremium ist an allen Entscheidungen, die die älteren Schwalbacherinnen und Schwalbacher betreffen, beteiligt.
- Aktivhilfe e.V.

#### 2.4 Vereine

Zu einer gut funktionierenden Infrastruktur in Schwalbach trägt vor allen Dingen auch die Vereinsarbeit bei. Der Freizeitwert, die Jugendarbeit, der gesundheitliche Aspekt und die persönlichen Kontakte sind ein erheblicher Faktor für das Wohlbefinden der Menschen in einer Stadt, zugleich werden große Teile der Bevölkerung erfasst.

#### Ziele

- Ein breitgefächertes Angebot an Freizeitmöglichkeiten wird durch eine Vielzahl der unterschiedlichen Vereine sichergestellt.
- Die Vereinsmitgliedschaft ist jeder Person in Schwalbach möglich, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft und ökonomischer Situation.

#### Maßnahmen

- Die Stadt Schwalbach unterstützt die Arbeit der Vereine materiell und ideell.
- Die finanzielle Förderung basiert auf verbindlichen Richtlinien, die auf veränderte Situationen flexibel angewandt werden können und den Bedürfnissen des nächsten Jahrtausends angepasst werden (z.B. Förderung der Jugendarbeit, Unterstützung finanziell schwacher Familien).
- Erarbeitung eines Sportstättenentwicklungsplanes.

## 2.5 Frauen

Schwalbacherinnen werden als Expertinnen ihrer Wohn-, Lebens- und Arbeitszusammenhänge mit ihrem alltagserprobten Fachwissen an der nachhaltigen, dauerhaften Gestaltung der Stadt beteiligt.

Hierbei geht es nicht vorrangig um die wenigen Frauen, die bereits in Veranstaltungen im Frauentreff, Gremien wie dem Arbeitskreis Frauen, dem Ausländerbeirat oder Initiativen wie der Fraueninitiative Schwalbach (FIS) oder dem Deutschen Hausfrauenbund engagiert sind. In Zusammenarbeit mit ihnen als Multiplikatorinnen sollte aber der Kontakt zu anderen Frauen gesucht und für die Ziele der lokalen Agenda geworben werden. Interessiert und motiviert werden sollen in erster Linie die Schwalbacherinnen, die die sogenannte "schweigende Mehrheit" bilden, die sich in der Öffentlichkeit nicht artikulieren.

Hierzu zählt auch die große Anzahl Schwalbacherinnen ausländischer Herkunft, die im öffentlichen (im Sinne von politischen und gesellschaftlichen) Leben kaum in Erscheinung treten.

### Ziele

- Der öffentliche Nahverkehr ist zu verbessern, um Frauen mehr Mobilität zu ermöglichen (beispielsweise im Hinblick auf die Nutzung von Angeboten der VHS Hofheim, Besuch des Kreishauses etc.)
- Gesellschaftlich relevante Gruppen und interessante Einzelpersonen werden verstärkt in die Arbeit des Arbeitskreises Frauen eingebunden.
- Es werden verstärkt Wege der aufsuchenden Beteiligung beschritten, d.h. Frauen vor Ort werden direkt angesprochen und zur Mitarbeit motiviert.

### Maßnahmen

- Entwicklung und Erprobung neuer methodischer Formen (z.B. moderierte Zukunftswerkstätten), die an das kreative Potential der Frauen anknüpfen und geeignet sind, Schwalbacherinnen zu motivieren; sich in die Diskussion um ihre Stadt einzumischen.

Erster Ansatzpunkt hierfür ist das Frauenfrühstück anlässlich des Internationalen Frauentages am 12. März 2000.

- Es werden gezielt Angebote für Schwalbacherinnen ausländischer Herkunft entwickelt, die an ihre

spezifische Lebenssituation an knüpfen und ihren Bedürfnissen entsprechen.

Das Angebot an Kursen (z.B. Deutschkurse) wird aufrechterhalten bzw. erweitert.

- Der Frauentreff bietet allen Schwalbacherinnen die Möglichkeit, sich einerseits auf ihre jeweilig eigene Kultur zu konzentrieren, andererseits aber auch die Gelegenheit, "Neues" kennen zu lernen (Kommunikation im Frauentreff als Mittlerin zwischen den Kulturen).
- Um Schwalbacherinnen mit Kleinkindern die Teilnahme an Kursen und sonstigen Angeboten zu ermöglichen, ist eine Betreuung für ihre Kinder vorgesehen.

Termine für Angebote werden sorgfältig ausgewählt, um eine größtmögliche Beteiligung von Frauen zu gewährleisten (Frauen mit Doppel- und Dreifachbelastung, Familie, Beruf, Pflegediensten etc.)

- Es werden ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen und -plätze geschaffen, so dass Frauen sowohl einer Erwerbstätigkeit nachgehen, als sich auch politisch und gesellschaftlich engagieren können.

### 3. Besonderer Umweltschutz

#### 3.1 Abfallwirtschaft

Die Abfallbeseitigung ist eine der zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Bundesweit gilt das Motto "Vermeiden - Reduzieren Wiederverwenden - Verwerten - Entsorgen".

Die Abfallbeseitigung liegt seit dem 01.01.1999 in Händen der RMA - Rhein-Main-Abfall GmbH. Das Einsammeln des Abfalls im Stadtgebiet liegt weiterhin bei den Städten und Gemeinden:

##### 3.1.1 Bestandsaufnahme

- In der Stadt Schwalbach am Taunus erfolgt eine getrennte Hausmüll- und Wertstoffentsorgung (Graue Tonne für Restmüll, Sperrmüll,  
- blaue Tonne für Papier, gelbe Säcke/Container für Verpackungsmaterialien, Glas, Elektrogeräte, Gartenabfälle, Naturkorken).
- Im Vergleich zu den Durchschnittswerten im Main-Taunus-Kreis werden in Schwalbach nur Mittelwerte erreicht. Insbesondere das Aufkommen an Hausmüll ist nicht so rückläufig wie andernorts.

##### 3.1.2. Ziele

- Grundsätzliches Ziel muss sein: Weniger Müll produzieren (Abfallvermeidung) sowie das weitgehend sortenreine Sammeln und Recyceln von Wertstoffen.

- Verbesserung bei der Trennung von Hausmüll und Wertstoffen und damit Erhöhung der Verwertungsquoten.
- Verbesserung der Sauberkeit an den Standplätzen von Müllbehältern und Wertstoffcontainern und damit Erhöhung der Sauberkeit im Stadtgebiet.
- Verringerung des Müll- und Wertstoffaufkommens durch ein abfallarmes Beschaffungs- und Vergabewesen bei der Stadtverwaltung, aber auch bei Gewerbetreibenden.

### 3.1.3 Maßnahmen

- Reduzierung des Müllaufkommens durch möglichst mengenbezogene Erfassung des Mülls
- Orientierung auf Waren in Mehrwegverpackungen
- Öffentlichkeitsarbeit zur Erreichung der Zielstellungen
- Kontrollen zur Einhaltung der Abfallsatzung
- Verfolgung "wilder" Müllentsorgung
- Beteiligung der Bürger bei der Suche nach günstigen Varianten zur Abfallentsorgung

## 3.2 Bodenschutz und Altlasten

Der Boden ist sicher keine Tabuzone, sondern eine nutzbare Materie, die Komplexität der Bodenfunktionen und die Grenzen der Belastbarkeit sind uns aber nur unvollkommen bekannt. Bodenschutz ist immer auch unter dem Gesichtspunkt "Flächeninanspruchnahme" zu betrachten. Der Schutz des Bodens vor umweltschädigenden Einträgen und die Beseitigung von Altlasten ist wichtig, um die Bodenfunktionen zu erhalten.

### 3.2.1 Bestandsaufnahme

Altlasten und Altlastenstandorte sind in einem Altlastenkataster zu erfassen. Im Stadtgebiet Schwalbach sind Altlasten im ehemaligen "Camp Eschborn" sowie in der Industriebrache der Firma Wolter "Am Sulzbacher Pfad" bekannt. Ebenso im Bereich des ehemaligen "Lotterbachgrabens" im Gebiet der Ostpreußen-/Sachsenstraße. Die Gefahrenpotentiale der Altlasten werden nach Erstellung von Beseitigungsplänen

ausgeschaltet.

### 3.2.2 Ziele

### 3.2.3

- Wiedernutzung von Gewerbebrachen muss stets Priorität gegenüber Nutzung "neuer" Flächen haben.
- Ständige Aktualisierung des Altlastenkatasters durch Ermittlung und Begutachtung von Verdachtsflächen.
- Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit.

### 3.2.3. Maßnahmen

- Berücksichtigung der Grundsätze und Ziele des Bodenschutzes bei Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Altlastensanierung z.B. durch Bodenaustausch oder Beseitigung kontaminierten Bodens in den Gebieten "Am Sulzbacher Pfad" und "Camp Eschborn".
- Bodenversiegelungen durch Bautätigkeit sollen noch stärker durch Entsiegelungsmaßnahmen an anderer Stelle wieder ausgeglichen werden.
- Bodenversiegelungen vermeiden.
- Bodenschonende Bearbeitung und Nutzung.
- Erosionsschutz.
- Fruchtbarkeit erhalten.

## 3.3 Luftreinhaltung

Die Luftreinhaltung steht in engem Zusammenhang mit den Zielen und Maßnahmen der Bereiche "Energie und Klimaschutz" sowie "Verkehr und Lärm". Innerstädtisches und ortnahes Grün ist ein natürlicher Luftfilter. Qualitativ intakte großräumige Landschaftsstrukturen sind ein grundlegender, wichtiger Faktor für das Stadtklima. Die Schaffung von Ausgleichsräumen gewinnt daher weiter an Bedeutung.

### 3.3.1 Bestandsaufnahme

Die Luftbelastungen in Schwalbach wurden durch das Fernheizwerk und die Errichtung des Blockheizkraftwerkes wesentlich verbessert. Durch die bestehenden "Anschluss- und Benutzungszwänge" für das Neubaugebiet "Stadtmitte/Allgemeines Wohngebiet" und dem Gewerbegebiet "Am Kronberger Hang" konnte der vorgegebene Standort gehalten werden.

Viele Haushalte und Betriebe betreiben ihre Heiz- und Energieanlagen noch mit Erdöl oder fossilen Brennstoffen.

### 3.3.2 Ziele



- Einsatz alternativer Energien
- Weitere Reduzierung der Immissionsbelastung der Luft
- Reduzierung der Lärmentwicklung
- Reduzierung des Staubgehaltes der Luft
- Optimierung der Betriebsweise von Heizungsanlagen
- Erhaltung Kaltluft- und Frischluftschneise

### 3.3.3 Maßnahmen

- Verringerung der Immissionswerte durch weniger Verkehr
- Aufstellung eines Lärminderungsplanes für die Stadt Schwalbach nach § 47 a des Bundesimmissionsschutzgesetzes
- Beachtung der Ziele der örtlichen Luftreinhaltung bei der Bauleitplanung, der Verkehrsplanung und den Energiekonzepten
- Energieberatung für Unternehmen und Bürger
- Nutzung von Solarenergie
- Reduzierung des Energieverbrauches durch Wärmedämmung der Gebäude, Optimierung der Betriebsweise der Heizungsanlagen und energiebewusstes Verhalten

Lokale Beiträge zur günstigen Beeinflussung der Ozon-Problematik können durch Verkehrsplanung, öffentliches Grün usw. geleistet werden.

## 4. Umwelt und Wirtschaft

### 4.1 Bestandsaufnahme

Eine intakte Umwelt ist eine unabdingbare Voraussetzung, für eine dauerhaft positive wirtschaftliche Entwicklung. Wachsende Bevölkerungszahlen sowie das globale Streben nach gesellschaftlicher und individueller Wohlfahrt stehen dazu wegen der notwendigen Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen in einem Spannungsverhältnis.

Auch die Ökologie benötigt daher langfristige Perspektiven. Umweltpolitik muss daher auch in Schwalbach

- verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen,
- die Gesamtbelastung der Unternehmen beachten.

Umweltschutz kostet aber Geld. Es muss daher Rahmenbedingungen geben, die zu mehr Wettbewerb im Umweltschutz führen. Hierzu hat jede der beteiligten Behörden beizutragen.

Die Gewerbegebiete an der "Sulzbacher/Sodener Straße" und nun insbesondere "Am Kronberger Hang" prägen den Wirtschaftsstandort Schwalbach am Taunus.

Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen haben auch eine Vielzahl traditionsreicher kleiner Unternehmen ihre Standorte verlagert oder wollen diese noch verlagern. Mit dem neuen Standort im ehemaligen "Camp Esch-

born" wird der Stadt auch in naher Zukunft ein weiterer Standort zur Verfügung stehen, welcher zu Entlastungen von umweltbeeinträchtigenden Einflüssen an ihrem jetzigen Standort führen kann. Dies betrifft neben der Verkehrsbelastung auch die Heizungsanlagen, Entsorgungsstrukturen und Beleuchtungssysteme.

Bei den Unternehmen ist die Bereitschaft vorhanden, Umweltaktivitäten zu ergreifen. Unternehmen mit Öko-Audit und zum Beispiel die Gestaltung der Freiflächen sind hierfür Ausdruck. Probleme zur Erreichung ökologischer Ziele ergeben sich aus finanziellen Zwängen, insbesondere für mittelständische oder kleine Unternehmen (durch Kosten für Personal usw.), auch wenn diese Aufwendungen sich nach wenigen Jahren rechnen.

Auf 1.000 Einwohner Schwalbachs kommen 500 Beschäftigte in den Schwalbacher Unternehmen.

#### 4.2 Ziele

- Minimierung/Optimierung der Stoff- und Energiekreisläufe
- Einsatz von technologischem Fortschritt und ökologischen Zielen als Einheit
  
- Ökologische Ziele als Investition in die Zukunft des Unternehmens sehen
- Nutzung von alternativen Energien (Brauchwassererwärmung)
  
- Brauchwassernutzung
  
- Ökologische anspruchsvolle Gestaltung der Freiflächen (Begrünung)
  
- Öko-Audit (Umweltmanagementsystem)

#### 4.3 Maßnahmen

- Vermittlung von Erfahrungen z.B. durch IHK, HK, Gewerbeverein
- Aufzeigen von Wegen, wie ökonomisch und ökologisch gangbare Lösungen umgesetzt werden können (Einbeziehung Energieberatungszentrum EBZ)
- Erstellung von Übersichten zu Förderungsmöglichkeiten zur Nutzung alternativer Energien und Energiesparprogrammen
- Auszeichnung als umweltfreundlicher Betrieb

### 5. Umwelt und Entwicklung

#### 5.1 Städtepartnerschaften

Umweltbelastungen sind vor allem Folge der industriellen Entwicklung. Die Städte in den Industrieländern verursachen dabei weltweit den größten Anteil der Emissionen. Globale Umweltprobleme können deshalb nur dann gelöst werden, wenn es gelingt, insbesondere in unseren Ballungsräumen die Emissionen drastisch zu reduzieren und die Städte ihre Erfahrungen bei der Nutzung umweltfreundlicher Technologien, die zum langfristigen Erhalt der Umwelt beitragen, untereinander austauschen.

Kommunale Städtepartnerschaften als Form "kommunaler Entwicklungshilfe" können durch Erfahrungsaustausch helfen, mit günstigen lokalen Lösungen einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Die Stadt Schwalbach am Taunus ist seit 1992 Mitglied des Klima-Bündnisses "Alianza del Clima e.V."

#### 5.1.1 Bestandsaufnahme

Die Stadt Schwalbach unterhält Partnerschaften

- zur französischen Stadt Avrille seit 1978
- zur englischen Stadt Yarm seit 1995
- zur polnischen Stadt Olkusz seit 1996
- zur ostdeutschen Gemeinde Schkopau seit 1993

und hat einen Vertrag zur Zusammenarbeit mit der Gemeinde Tarrafal auf den Kapverdischen Inseln 1994 abgeschlossen.

#### 5.1.2 Ziele

- Ausbau und Vertiefung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen und Kontakte auf vielfältige Art (Kultur, Technik, Umweltschutz)
- Austausch von Erfahrungen der Stadtverwaltungen z.B. auf dem Gebiet der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sowie der Arbeit mit Senioren
- Ausbau der Hilfe für die Stadt Tarrafal in der "Dritten Welt"

#### 5.1.3 Maßnahmen

- Unterstützung des Städtepartnerschaftsvereins Yarm und der Arbeitskreise Avrille und Olkusz innerhalb der Kulturkreis Schwalbach am Taunus GmbH
- Aktivierung der Vereine zum Ausbau bestehender Beziehungen

#### 5.2 Unterstützung Dritte Welt

Die Lösung globaler Probleme fordert die wirtschaftlich starken Länder, den wirtschaftlich schwachen und sozial benachteiligten Ländern bei der Bewältigung ihrer lokalen Probleme Hilfe zu leisten. Die Stadt

Schwalbach am Taunus leistet derzeit mit der Entsendung eines Bediensteten nach Tarrafal (Capo Verde) einen wichtigen Beitrag und hat hier zum Aufbau von Verwaltung und Bau von zwei Kindergärten praktische und finanzielle Hilfe geleistet.

Mit Tarrafal in der Republik Kapverde könnte auf folgende Weise umfassend zusammen gearbeitet werden:

#### Lokale Wasserschutzprojekte

- Förderung des Einbaus von Dachrinnen und Fallrohren an privaten und öffentlichen Gebäuden
- Nutzungs- und Nutzungsintensivierung von Regenwasser als Brauchwasser in urbanen Zonen
- Aufklärungskampagne für die Bürger
- Förderung der Errichtung von Meerwasserentsalzungsanlagen
- Entsendung von Kurzzeitexperten

#### Alternative Energie

- Förderung von Pilot- und Beispielprojekten an öffentlichen Gebäuden
- Aufklärungskampagne für die Bürger
- Entsendung von Kurzzeitexperten

#### Landschaftsschutz

- Eindämmung der privaten und kommerziellen Ausbeutung der Naturlandschaft
- Förderung eines Pilotprojektes "Bucht von Chao-Bom"
- Aufklärungskampagne für die Bürger
- Entsendung von Kurzzeitexperten

#### Vom Tourismus zum Ökotourismus

- Förderung der Entwicklung und Realisierung eines "Generalrahmen planes Tourismus in Tarrafal"
- Realisierung daraus abgeleiteter Einzelprojekte
- Workshops mit Fachleuten, lokalen Politikern und Beteiligten
- Entsendung von Kurzzeitexperten
- Internationaler Informationsaustausch "Tourismus"
- Aufklärungskampagne für die Bürger

## Umweltschutz

- Förderung der Entwicklung und Realisierung eines Abfallwirtschaftskonzeptes für Tarrafal
- Förderung der Einrichtung einer lokalen Abfallentsorgung Beratung durch Fachleute
- Entsendung von Kurzeitexperten
- Förderung der Entwicklung und Realisierung eines lokalen Abwassersystems (Bau einer Kanalisation, Abwasseraufbereitung u.dgl.)

## 6. Wald

### 6.1 Stadtwald

#### 6.1.1 Bestandsaufnahme

Im Nordwesten der Stadt liegt der Schwalbacher Wald. Er ist geprägt durch die hauptsächlich vorkommenden Baumarten Hainbuche und Eiche, viele heimische Laubbaumarten sind vertreten. Nicht heimisch sind die hier vorkommenden Nadelhölzer, wie Fichte, Lärche und Kiefer. Der heutige Zustand des Waldes ergibt sich aus der Art der Bewirtschaftung bis in die Mitte des vorherigen Jahrhunderts. Er wurde als Brennholzlieferant bzw. Niederwald (Stockausschläge) und als Waldweide (Hutewald, Huteeichen) genutzt. Hochwald (Spardose der Gemeinde, Bauholz usw.) besaß Schwalbach damals am Fuße des Altkönigs um den Fuchstanz herum. Die Forstwirtschaft ist derzeit bemüht, den Wald zu einem naturnahen, artenreichen Edellaubholzbestand umzuwandeln. Der Wald ist als Bannwald ausgewiesen, das heißt größtmöglicher Schutz für die Waldfläche, sagt aber nichts über die Nutzung aus.

#### 6.1.2 Ziele

- Erhalt der Waldflächen
- Umwandlung zu einem standortgerechten, naturnahen, artenreichen Edellaubholzbestand
- naturnahe Bewirtschaftung
- Zertifizierung des Waldes und des Holzes
- Nachwachsenden Rohstoff Holz sichern
- CO<sub>2</sub> binden - O<sub>2</sub> produzieren
- den Wald als Luftfilter erhalten und sichern
- Bodenschutz und Filterfunktion erhalten
- Naherholung, Holzwirtschaft und Naturschutz in Einklang bringen

#### 6.1.3 Maßnahmen

- Verankerung der Ziele in den Forstwirtschaftsplänen
- Behutsames Auslichten, um die Naturverjüngung zu fördern
- Hohen Totholzanteil im Wald belassen (natürlicher Nährstoffkreislauf, wertvoller Lebensraum)
- Wildbesatz auf ein waldverträgliches Maß reduzieren
- Bodenverdichtungen und Rückeschäden bei der Waldarbeit vermeiden
- Rücken, wenn irgend möglich, nur mit Pferd und/oder Seilwinde
- auf schwere Maschinen im Wald verzichten
- Rückegassen nur im unbedingt notwendigen Maß anlegen

- Vermarktung des Holzes in der näheren Umgebung organisieren
- Bodenschutz- und Grundwasserschutzfunktion kontrollieren, gegebenenfalls Maßnahmen (Kompensationsdüngung) ergreifen
- Anlage eines Waldlehrpfades im Rahmen des Regionalparks
- Kleinere Waldwege auflassen, um größere Rückzugsgebiete und Schutzräume für das Wild zu schaffen
- Eigenverantwortung den Bürgern nahe bringen, um z. B. übertriebene Verkehrssicherungsmaßnahmen einzusparen
- Führungen und Lehrveranstaltungen für Kindergärten, Schulen und Jugendgruppen durchführen (nur was man kennt, kann man schützen)
- Thema Wald im Unterricht verankern

## 6.2 Arboretum

### 6.2.1 Bestandsaufnahme

Das Arboretum wurde in den siebziger und achtziger Jahren auf dem ehemaligen Eschborner Flugplatzgelände im Süden der Stadt als Ausgleichsfläche für Ausbaumaßnahmen des Frankfurter Flughafens angelegt. Es wurden Waldgesellschaften aus verschiedenen Gebieten der Erde angepflanzt. Das Arboretum ist als Bannwald ausgewiesen. Der deutlich eingetretene Pfliegerückstand wurde in letzter Zeit weitgehend aufgearbeitet.

### 6.2.2 Ziele

- Ausbau und Erweiterung des Arboretums - Attraktives Naherholungsgebiet - Anschauung und Information über weltweite Waldgesellschaften

### 6.2.3 Maßnahmen

- Neuausweisung von Flächen am Rund und innerhalb des Gebietes -kontinuierliche Pflege des Gebietes - Führungen und Informationen für die Bevölkerung

## 7. Landwirtschaft

### 7.1 Bestandsaufnahme

Rund ein Drittel der Schwalbacher Flächen werden landwirtschaftlich genutzt. In den nördlichen Bereichen überwiegt die Wiesen- und Streuobstnutzung und in den südlichen Gebieten herrscht der Ackerbau vor. Seit Anfang 2000 gibt es in Schwalbach keinen Vollerwerbslandwirt mehr. Die meisten Flächen werden zwar noch von ortsansässigen Landwirten bearbeitet und gepflegt, jedoch ein nicht unerheblicher Teil wird von Landwirten aus Nachbarstädten und -gemeinden bewirtschaftet. Kleinere Flächen sind bereits brachgefallen. In den letzten Jahren hat die Stadt solche Brachflächen aufgekauft, insbesondere Streuobstwiesen und schützenswerte Wiesen aufgekauft, um sie in eigener Regie zu erhalten.

### 7.1.1 Ziele

- Erhalt der heimischen Landwirtschaft
- Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzfläche
- Pflege der Kulturlandschaft
- Erhalt der Landschaftsvielfalt
- Erhalt der Bodenfruchtbarkeit
- Nahrungsgrundlage für Mensch und Tier erhalten
- Lebensraum für artenreiche Flora und Fauna erhalten und schaffen
- Naherholung, Landwirtschaft und Naturschutz in Einklang bringend
- Besseres Verständnis zwischen Landwirt und Stadtmensch (insbesondere Hundehalter) herstellen

### 7.1.2 Maßnahmen

- keine weitere Bebauung und Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen
- standortgerechte Bodenbearbeitung und Nutzung
- Standortgerechte Düngung
- Extensivierung
- Anlage von durchgehenden Uferrundstreifen
- Anlage von Ackerrundstreifen
- Naturschutzgebiete ausweisen (oberes Waldbachtal, Kronberger Hang)
- Unterstützung der Landwirte bei der Vermarktung ihrer Produkte
- Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Kindergärten, Schulen und Jugendgruppen fördern
- Aufklärung der Bevölkerung über Probleme der Landwirte mit Freizeitnutzung und Naherholung
- Das Befahren der landwirtschaftlichen Wege bleibt nur der Landwirtschaft vorbehalten, um Schäden an Bäumen, Wegen und Wegrändern zu vermeiden und die Naherholung nicht zu stören (gilt speziell am Kronberger Hang und dem Wiesenweg in Fortsetzung bis zum Viergötterstein)
- Mehr soziale Kontrolle innerhalb der Bevölkerung erreichen (Fehlverhalten ansprechen, Wegschauen hilft nicht)

## 7.2 Natur und Landschaft/Stadtklima

Die Stadt als Ganzes zu erfassen und zu akzeptieren ist wichtig für die Einwohner. Akzeptanz heißt auch den Bezug zur "Heimat" zu entwickeln und zu fördern. Gerade für eine Stadt, in der durch auswärtige Zuzüge eine Mischung in der Bevölkerung aus allen Teilen der Bundesrepublik entstanden ist, ist diese Aufgabe schwierig. Umso mehr gilt es durch Stadtbildpflege und Stadtgestaltung eine Identifikation mit der Gemeinde herzustellen. Erhaltung des historischen Stadtbildes und Erneuerung sind dabei ebenso wichtig wie die Erlebnisvielfalt, Ausgewogenheit und Geborgenheit herzustellen.

Stadtsanierung umfasst dabei alle Maßnahmen, die städtebauliche Missstände beheben oder wesentlich verbessern können.

Die zentrale Lage Schwalbachs im Ballungsraum Rhein-Main wird auch in Zukunft ihre Anziehungskraft für Neubürger nicht verlieren. Daher wird es wichtig sein, die eingeleiteten Maßnahmen zu vollenden und fortzuführen. Hierzu gehört auch die Privatinitiative zur Renovierung der Gebäude sowie die Mitarbeit von Vereinen, Verbänden und Firmen.

### 7.2.1 Maßnahmen

- Stadtsanierung im alten Ortskern nach dem beschlossenen Rahmenplan
- Fortsetzung der Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Straßengestaltung im gesamten Stadtgebiet
- Verbesserung des Hochwasserschutzes durch Renaturierungsmaßnahmen der Bachläufe
  - Erhaltung und ständige Analyse des Zustandes der städtischen Gebäude
  - Unterstützung privater Initiativen bei der Fassadenverbesserung
  - Weitere Umsetzung der Bebauungsmöglichkeiten im "Allgemeinen Wohngebiet" unter Beachtung der Akzente für eine Fortsetzung der Gestaltung der dort geplanten Wege und Plätze
  - Bau von Brunnen an besonders geeigneten Stellen
  - Erhaltung und Sanierung der Wegekreuze im alten Ortsteil
  - Sicherung des Wochenmarktes
  - Umbau S-Bahnhof
  - Bau eines S-Bahn-Haltepunktes für das Gewerbegebiet "Am Kronberger Hang"

## 8.1

### Energie und Klimaschutz

Die Reduzierung des Energieverbrauches und der sparsame Umgang mit Energie sind eine grundlegende Aufgabe. Energieerzeugung, Bewirtschaftung, Verteilung und Gebrauch sind nicht nur Sache der Ökonomie, sondern auch der Ökologie.

Moderne technische Lösungen zur umweltfreundlichen Energieerzeugung schaffen eine Reduzierung der Emissionen und somit die schrittweise Reduzierung des Treibhauseffektes. Vielfältige Möglichkeiten des Energiesparens tragen zur Reduzierung des Energieverbrauches und somit ebenfalls zur Verminderung der Umweltbelastung bei.

### Energie für Wohngebäude

Alle Wohnungen, Häuser und Gebäude der Stadt Schwalbach am Taunus werden mit Elektroenergie versorgt. Viele Wohnungen und Gebäude sind an das Erdgasnetz angeschlossen.

Beheizungsstruktur der vorhandenen Wohneinheiten

#### 8.1.1 Fernwärme

##### 8.1.1.1 Bestandsaufnahme



Insgesamt 4.100 Verbraucher der Stadt Schwalbach am Taunus sind an das Fernwärmenetz angeschlossen (Davon 3.300 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern, 700 Wohneinheiten in Einfamilienwohnhäusern, 100 Gewerbebetriebe und öffentliche Einrichtungen). Die Fernwärmeerzeugung erfolgte bis 199 durch die Firma FAVORIT auf der Basis von schwerem und z.T. leichtem Heizöl. Mit dem Bau des Blockheizkraftwerkes durch die Kraftwärme Schwalbach GmbH, eine Tochter von den Main-Kraft-Werken und der MAINOVA AG, kam Erdgas zum Einsatz. Der Zeitpunkt der Umstellung des Betriebes von leichtem Heizöl auf Erdgas wird jeweils von der MAINOVA in Abhängigkeit von der momentanen Lastsituation im Gasnetz festgelegt. Die Umstellung erfolgt im Regelfall bei Außentemperaturen von -5 Grad bis -10 Grad Celsius. Die Turbine erzeugt heißen Dampf für das Fernwärmenetz, zum anderen Strom für das 20 KV-Netz.

Das Blockheizkraftwerk (BHKW) erzeugt 23 Mio. kWh Wärme jährlich und 11 Mio. Kilowatt Strom jährlich. Wegen der mit dem Betrieb verbundenen Belästigungen ist das BHKW in der Betriebszeit beschränkt. Die täglichen Betriebszeiten dauern von 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr je nach Wetterlage von September bis Mai. Ab 24.00 Uhr muss es abgeschaltet werden. Dann gehen die Brenner im Heizwerk der FAVORIT in Betrieb, ebenfalls nun auf der Basis von Erdgas.

## Emissionen

Die Stadt Schwalbach am Taunus hat in den letzten Jahren neben des Versorgungsgebietes "Limesstadt" konsequent weitere Gebiete durch den Anschluss- und Benutzungszwang an dieses Netz angeschlossen, u.a. das sogenannte "Allgemeine Wohngebiet" (südlich der Stadtmitte) und das Gewerbegebiet "Am Kronberger Hang".

Der effiziente Energieeinsatz wurde in den letzten Jahren nachhaltig verbessert. In Schwalbach am Taunus konnte durch die Anwendung des Anschluss- und Benutzungszwanges und den Bau der Gasturbine zur Kraft-Wärme-Nutzung eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Primärenergie erreicht werden. Daneben wurde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß (14,1 MW (Vollast) = 3,1 Vol.-% CO<sub>2</sub> im Abgas) bereits jetzt auf eine Basis gestellt, die den Richtwerten bis zum Jahre 2005 entspricht.

Hier gilt es auch in Zukunft weiter zu arbeiten. Die Pläne der Bundesregierung sehen für die Zukunft eine sehr deutliche Verschlechterung der kommunalen Eingriffsmöglichkeiten vor. Diesen gilt es entgegenzuwirken.

Wir benötigen einen innovativen Wettbewerb, der neben den ökonomischen Zielen und Perspektiven auch mit den ökologischen Rahmenbedingungen und humanen Zielen der Gesellschaft in Übereinstimmung steht.

Dies wäre ein erstrebenswertes Konzept. Wir dürfen uns aber nichts vormachen, eine heile Welt wird das Resultat eines solchen Konsenses nicht sein.

### 8.1.1.2 Ziele

- Anschluss weiterer Gebäude an die Fernwärme zur besseren Auslastung und Verbesserung der - bisher schon guten – Anschlussdichte.
- Durch Ablösung anderer Heizsysteme weitere Emissionswerte reduzieren.
- Energieanalysen und -management für alle Gebäude.
- Einsatz alternativer Heizkombinationen mit Solarwärme unter Beachtung von Stadtbildpflege und

## Denkmalschutz.

### 8.1.1.3 Maßnahmen

- Wärmedämmung der Gebäude nach dem neuesten Stand der Technik (kommunale Gebäude, Gebäude der Wohnungsbaugesellschaft mbH).
- Information und Unterstützung privater Haushalte bei der Energiesparung.
- Verbesserung der Isolation der Heizrohre des Fernheizwerkes.

### 8.1.2 Strom

Hier bestehen Konzessionsverträge mit den Main-Kraft-Werken für die Versorgung mit Strom.

#### 8.1.2.1 Bestandsaufnahme

Alle Gebäude und Haushalte in der Stadt Schwalbach am Taunus sind an die Stromversorgung angeschlossen. Durch das Blockheizkraftwerk in der Limesstadt werden - bei Betrieb der Turbine - 50 % des in Schwalbach benötigten Stromes in das 20 KV-Kabelnetz eingespeist. 1999 wurde die Verkabelung aller Schwalbacher Gebäude abgeschlossen, Dachständer und Straßenleuchten über die Strasse gespannt sind passe. Durch die weitgehende Liberalisierung im Strommarkt wird es in nächster Zeit wesentlich Veränderungen im Strompreis geben. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass nicht nur auf den Preis geachtet wird. Konzessionsabgabe, Straßenbeleuchtung u.a. spielen eine wesentliche Rolle.

#### 8.1.2.2 Ziele

- Einsparung von Elektroenergie
- Schaffung und Einspeisung alternativ gewonnener Elektroenergie

#### 8.1.2.3 Maßnahmen

- Stärkere Nutzung und Mitgliedschaft am Energieberatungszentrum, um das Beratungsangebot zu erhöhen.
- Einsatz von energiegünstigen Geräten (z.B. Energiesparlampen).
- Einsatz "energiesparender" Haushaltstechnik.
- Energiebewusstes Handeln fördern (einschalten nur der Lichtquellen oder Geräte, die tatsächlich benötigt werden).
- An öffentlichen Anlagen automatische Beleuchtungssteuerungen, keine durchgehende Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden.

### 8.1.3 Gas

Hier bestehen Konzessionsverträge mit der MAINOVA AG.

#### 8.1.3.1 Bestandsaufnahme

Erdgas ist eine der umweltverträglichsten Energieformen. Trotz aller Vorteile dieses Energieträgers ist aber zu bedenken, dass Erdgas ein fossiler, nicht erneuerbarer Rohstoff ist. In Schwalbach am Taunus werden allein durch das Blockheizkraftwerk (BHKW) der Kraftwärme Schwalbach die Wärmeversorgung in 58 % Gebäude sichergestellt. Dadurch ist eine entscheidende Senkung von Emissionen eingetreten.

#### 8.1.3.2 Ziele

- Weitere Substitution von Kohle und Heizöl durch Erdgas
- Erdgas oder Wasserstoff als Kraftstoff für Kraftfahrzeuge

#### 8.1.3.3 Maßnahmen

- Weitere Verdichtung des Versorgungsnetzes
- Information und Unterstützung privater Haushalte bei der Energieeinsparung
- Anschaffung und Betrieb von "Erdgasfahrzeugen" oder "Wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen"

### 8.1.4 Wärmepumpen

### 8.1.5 Solarenergie

#### 8.1.5.1 Bestandsaufnahme

Solaranlagen machen es möglich, Sonnenenergie zu nutzen. Sonnenkollektoren liefern Wärme, die ausreichend ist, den Bedarf an Warmwasser für Bad, Dusche u.a. bis zu ca. 60 % zu decken. Solaranlagen (Fotovoltaik) wandeln die Sonnenenergie in elektrische Energie um. Die Kosten sind aber derzeit noch wesentlich höher als der konventionelle Strompreis. Solaranlagen in Schwalbach sind daher eher noch die Ausnahme.

#### 8.1.5.2 Ziele

- Verstärkte Nutzung von Solarenergie zur Wärmeengewinnung bei kommunalen Gebäuden und privaten Wohngebäuden.

#### 8.1.5.3 Maßnahmen

- Einsatz von Solaranlagen für Heizung und Warmwassergewinnung in kommunalen Gebäuden und Wohngebäuden der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, wie z.B. demnächst im Neubau „Am Erlenborn“ oder den Wohngebäuden "Am Sulzbacher Pfad".
- Nutzung der Fördermöglichkeiten für Solaranlagen von Bund und Land.

### 8.2 Entwicklung der Stadtwerke Schwalbach am Taunus

Die Stadtwerke Schwalbach am Taunus stellt in der Rechtsform eines Eigenbetriebes die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für das Stadtgebiet sicher. Sie schafft, erweitert und unterhält ein umfangreiches Netzwerk und gewährleistet den Betrieb von Förderbrunnen, Hochbehältern und Aufbereitungsanlagen. Sie beliefert Wasser an über 3.000 Haushalte und Wohnungen in Schwalbach am Taunus. Darüber hinaus schafft, erweitert und unterhält sie das Kanalnetz mit seinen umfangreichen Vorflutern und Sammelkanälen.

Die Stadtwerke Schwalbach am Taunus wird in der gegenwärtigen oder in einer anderen Rechtsform mit den Betriebszweigen Wasser und Kanal in Zusammenarbeit mit anderen Versorgungsträgern die Dienstleistungsgesellschaft sein, die eine wichtige Funktion in Schwalbach am Taunus erfüllt. Entscheidungen von erheblicher Tragweite stehen an.

### 8.3 Straßenbeleuchtung

- Der Jahresverbrauch für die Straßenbeleuchtung beläuft sich auf ca. 700.000 kWh.
- Insgesamt gibt es 1.735 Leuchten im Stadtgebiet.

Es sollte überprüft werden, ob nicht durch Reduzierung der Beleuchtungsdauer eine Verminderung des Stromverbrauchs möglich ist.

## 9. Umwelt und Verwaltung

### 9.1 Beschaffungswesen

Bund, Länder und Gemeinden haben sich verpflichtet, verstärkt umweltfreundliche Produkte zu beschaffen und einzusetzen. Auch in den Bereichen der inneren Verwaltung (z.B. Büroausstattung) ist es möglich, Umweltbelastungen zu reduzieren. Bei Ausschreibungen ist im Rahmen der Bestimmungen der VOB z.B. darauf zu achten, dass Firmen der Zuschlag erteilt wird, die den Einsatz umweltfreundlicher Produkte gewährleisten.

### 9.1.1 Bestandsaufnahme

In den Büros ist es üblich, Recyclingpapier zu verwenden, falls nicht - grundsätzlich aber auf jeden Fall chlorfrei gebleichtes Papier. Auch in der Verwaltung wird Abfall getrennt gesammelt und zum Einsatz kommen überwiegend umweltfreundliche Materialien und eine umweltfreundliche Kopier- und Drucktechnik.

### 9.1.2 Ziele

- Beim Bürobedarf muss der Einsatz von Recyclingpapier noch verstärkt werden.
- Der Papierverbrauch ist auf das notwendigste Maß zu begrenzen.
- Bei der Bürotechnik müssen durch möglichst vielfältige Nutzung die Anschaffungskosten und damit die Betriebskosten gesenkt werden.

### 9.1.3 Maßnahmen

- Der Einsatz von Altpapier sollte durch "ökologische" Preise möglich gemacht werden.
- Gemeinsame Nutzung eines Druckers für mehrere Personalcomputer.
- Bürobedarf soll z.B. bei Faserschreibern, Textmarkern u.a. durch Umstellung auf andere Produkte mit austauschbaren Patronen den Plastik-Abfall vermindern.
- Die Wertstoff- und Abfallerfassung ist weiter zu reduzieren.

## 9.2 Energie und Heizung

### 9.2.1 Bestandsaufnahme

In den mit Fernwärme versorgten Stadtteilen sind die städtischen Gebäude, Rathaus, Bürgerhaus, Kindergärten, Jugendhaus und Hallenbad an das Fernwärmenetz angeschlossen. In allen anderen Fällen kommen noch nicht immer umweltfreundliche Heizsysteme zum Einsatz. Die Wärmedämmung entspricht noch nicht den Erfordernissen, z.B. auch am Rathaus.

### 9.2.2 Ziele

- Einsatz von Geräten mit Energiesparfunktion.
- Einsatz von Sparleuchten.
- Die Leitungsanlagen sind in der Regeltechnik auf den neuesten Stand zu bringen, um eine temperaturangepasste Reduzierung der Heizung in den Büros und Gebäuden zu erreichen.
- Die Wärmedämmung an den Gebäuden ist zu verbessern.
- Die Wärmedämmung an den Leitungen ist zu verbessern.

### 9.2.3 Maßnahmen

- Bei der Beleuchtung ist der Einsatz von Tischleuchten zu prüfen, die der Arbeitsstättenverordnung

entsprechen.

- Verbesserung des Benutzerverhaltens bei der Beleuchtung z.B. durch Einschalten der Beleuchtung nach Notwendigkeit.
- Reduzierung der Heizung in den Nachtstunden.
- Erstellung von Fortschreibung von Energieanalysen.
- Reduzierung von Dienstfahrten mit dem PKW.

## 10. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Bedarf an Informationen, die Vermittlung von Sachwissen sowie die Notwendigkeit der Aufklärung der städtischen Bürgerschaft über ihre Umwelt ist groß. Das Umweltbewusstsein der Menschen hat sich in den letzten Jahren geschärft, es mangelt aber oft am Verständnis für ökologische Zusammenhänge und die Bereitschaft, das eigene Verhalten umweltgerecht auszurichten und umweltpolitische Maßnahmen zu unterstützen. Stadtentwicklung kann nur umweltverträglich sein, wenn die Ziele und Maßnahmen von einer breiten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mitgetragen und unterstützt werden.

### 10.1 Informationen zum Agenda-Prozess

#### 10.1.1 Bestandsaufnahme

Die Einleitung des Agenda-Prozesses ist durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.11.1997 ausgelöst worden. Verschiedene Pressemeldungen haben darauf aufmerksam gemacht. Nun muss eine breite Öffentlichkeitsarbeit einsetzen, um eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten. Zur Zeit sind noch keine Bevölkerungsgruppen in den Agenda-Prozess einbezogen worden.

#### 10.1.2 Ziele

- Umfassende Information der Bevölkerung über die beschriebenen Ziele und Maßnahmen.
- Aufzeigen von Mitwirkungsmöglichkeiten an der nachhaltigen Stadtentwicklung auch für Frauen, Jugendliche und Kinder.
- Bürgerbeteiligung auf allen Gebieten der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).
- ' - Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung.
- Verständnis wecken für die Zusammenhänge bei Umweltfragen.
- Zusammenarbeit mit Bildungsträgern zur Erarbeitung von konkreten Zielstellungen zur Sicherung einer umweltgerechten Stadtentwicklung.

#### 10.1.3 Maßnahmen

- Mehr Veröffentlichungen zu umweltpolitischen Themen.
- Veröffentlichungen zur Stadtentwicklung mit besonderer Beachtung umweltpolitischer Aspekte, Wärmedämmung von Gebäuden, Nutzung von Solarenergie bei städtischen Gebäuden, Nutzung alternativer Energien, Reduzierung der Lärmbelastung.
- Zusammenarbeit mit den Redakteurinnen und Redakteuren der örtlichen und überörtlichen Presse.

Veröffentlichung von Beispielen, wie die nachhaltige Stadtentwicklung konkret werden kann, z.B. bei der Energieanalyse von Gebäuden, Nutzung von Solarenergie bei städtischen Gebäuden. Umwelteffekte, die durch konkrete Maßnahmen erreicht wurden, Veröffentlichungen, Ausgleichspflanzungen, Entsiegelung von Flächen.

Ausarbeitung von Presse-Info's durch die Agenda-Beauftragten.

## 11. Fortschreibung des Agenda-Prozesses

Um den Agenda-Prozess ständig als nachhaltige Entwicklung im Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und Soziales zu erfassen und umzusetzen, sind Bestandsaufnahmen, Ziele und Maßnahmen ständig neu zu definieren und fortzuschreiben. Hierzu sind alle am Prozess interessierten Gruppen aufgerufen. Bei der Verwaltung ist z.B. in Person des Umweltschutzbeauftragten, der direkten Zugang zur Verwaltungsspitze hat, der Agenda-Prozess zu bündeln. Erst wenn dies gelingt und die Beschlüsse zum Agenda-Prozess gefasst sind und bei den Einzelbeschlüssen auch beachtet werden, kann eine nachhaltige Entwicklung eintreten und gefestigt werden.

## 12. Verbände/Vereine. Soziales/Ökologie

Gleichwertig neben "wohnen, arbeiten, sich versorgen" gehört auch sich bilden und sich erholen". Freizeit wird in den letzten Jahren immer größer. Verkürzungen der Arbeitszeit gehen mit einem stärkeren Freizeitbewusstsein Hand in Hand. Selbstverwirklichung ist oft nur in der Freizeit zu erreichen, hier soll Erholung vom beruflichen Alltag gefunden werden. Freizeitgestaltung ist daher auch für eine Stadt eine völlig neue Aufgabe. Diese Aufgabe ist erkannt und angefasst worden. Anlagenpflege, Neubau von Sportanlagen, Ausbau der Naherholungsbereiche spielen dabei eine besondere Rolle.

Die Schaffung neuer Kleingartenanlagen gehört genauso dazu wie die Verbesserung in den bestehenden Einrichtungen wie z.B. dem Hallen- und Freibad.

### Ziele

- Der Naherholungsbereich ist auszuweiten und attraktiver zu gestalten.
- Der Breitensport ist weiterhin zu unterstützen.
- Kultur und kulturelles Angebot ist zu vermitteln, um dadurch eine noch engere Bindung der Bürger an ihre Stadt zu erreichen.

### Maßnahmen

- Ausbau des Naherholungsbereiches durch attraktivere und ausgebaute Wander- und Radfahrwege und Regionalpark.
- Unterstützung der Initiative der Hessischen Landesregierung zum Aufbau des Naherholungsgebietes

"Alter Flugplatz" (Arboretum).

- Erhaltung und Neuanlage typisch landschaftsbezogener Streuobstwiesen unter ökologischer Aufsicht.
- Sicherung der bestehenden Kleingartenanlagen und Kleintierzuchtanlage durch Bebauungspläne.
- Erweiterung der Kleingartenanlage "Viergötterstein" als Bauabschnitt der Anlage Grumbach.
- Pflege und Erhöhung der Attraktivität städtischer Anlagen wie "Europapark" und "Eichendorffanlage".
- Unterstützung der Aktivitäten von Vereinen.
- Neben den bereits durchgeführten technischen Verbesserungen müssen attraktivitätsbezogene Maßnahmen im Hallenbad überprüft und umgesetzt werden.
- Der Bau eines Schwimmbeckens im Freibereich ist gemeinsam mit den Nachbarstädten zu prüfen.
- Der Errichtung von Bolzplätzen ist in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Unterstützung der sporttreibenden Vereine nach den Vereinsförderungsrichtlinien ist festzusetzen. Unterstützt werden Investitionen, Übungsleiter und der lfd. Sportbetrieb.

Erhalt der kulturellen Betätigung der Kulturkreis GmbH.

Ausbau und Auswertung des Stadtarchivs.

Beibehaltung der Bürgerfeste z.B. Altstadtfest, Weihnachtsmarkt.

13. Verwaltung

13.1 Bestandsaufnahme

"Geht Dir der Rat aus, geh' ins Rathaus", eine Spruchweisheit, die heute kaum noch Gehör findet. In den immer größer werdenden Rathäusern mit den differenziertesten Zuständigkeiten kennen sich immer weniger Bürgerinnen und Bürger aus.

So hat sich die Erkenntnis breit gemacht - schon aus Kostengründen - es kann so nicht weitergehen. Die kommunale Verwaltung ist im Umbruch, dies zeigen auch die Verwaltungen im Umkreis von Schwalbach.

Grundke:

Das Neue wird als Störung der lieb gewordenen Routine, Besitzstände und Karriereoptionen erfahren.

13.2 Ziele

Einrichtung eines Bürgerbüros

Es soll eine Anlaufstelle für Auskünfte und Beratungen geschaffen und ein wesentlicher Teil der Nachfrage nach Verwaltungsleistungen des täglichen Lebens an dieser Stelle gebündelt werden.



Dabei muss es auch der Sicht der Bürger zu möglichst vielen Verwaltungskontakten aus einer Stelle kommen können, möglichst keine oder nur kurze Wartezeiten auftreten und die Öffnungszeiten umfassend erweitert werden.

### 13.3. Maßnahmen

- Aufgabenintegration nach dem Prinzip:
  - Alle sind für alles zuständig. Wer in das Bürgerbüro kommt, kann bei jedem Mitarbeiter, jeder Mitarbeiterin sämtliche Dienstleistungen abrufen.
  -
- Dezentralisierung der Verwaltung nach dem Motto:
  - 
  - Die Verwaltung soll laufen und nicht die Bürgerinnen und Bürger.
  - Beschäftigtenbeteiligung nach der Erkenntnis:
    - Die Expertinnen und Experten für ihre Arbeit planen und realisieren das Vorhaben in maßgeblicher Eigenregie.
  - Kundenorientierung unter folgender Zielsetzung:
    - Aufgaben zusammenfassen
    - Umfassende Auskunft und Beratung
    - Kurze Wartezeiten
    - Weitergehende Öffnungszeiten
  - Neues Raumkonzept